

rundschreiben
04/24



medico international

Was nun?

Hilfe und Solidarität in Zeiten politischer
Regression / Was medico so tut: Gaza, Libanon,
Kurdistan, Zentralamerika, Pakistan, Namibia



Auf einen Blick

medico-rundschreiben 04/24

4 Editorial

DER LEITARTIKEL

6 Etwas geht zu Ende

Trump wird wieder Präsident, die Ampel ist Geschichte. Und jetzt?



DAS INTERVIEW

10 „Wie kann es sein, dass die Welt gerade nicht spricht?“

Ein Gespräch mit Radwa Khaled-Ibrahim, Pirmin Spiegel und Barbara Unmüßig über Hilfe und die Zukunft der Zivilgesellschaft

Impressum

Herausgeber:
medico international
Lindleystr. 15
60314 Frankfurt am Main
Tel. (069) 944 38-0, Fax (069) 436002
info@medico.de
www.medico.de

Redaktion:
Mario Neumann (verantw.),
Tsafrir Cohen, Moritz Krawinkel,
Christian Sälzer, Anita Starosta
Gestaltung und Bildredaktion:
Andrea Schuldt
Korrektorat: Silke Weidner
Fotos der Autor:innen:
medico, Privat

November 2024

Hinweis: Das medico-rundschreiben ist
auf 100 % Recyclingpapier gedruckt.

ISSN 0949-0876

AM LIMIT

- 20 **Schon wieder**
Krieg und Gesundheit im Libanon
- 24 **Vor aller Augen**
Seit über einem Jahr: Überleben
in Gaza
- 28 **Räume offenhalten**
Für eine Nahost-Debatte jenseits
der Staatsräsön



- 30 **Unendliche Geschichte**
Das Ringen der Kurd:innen um
Selbstbestimmung
- 36 **Raus aus der Ohnmacht**
Gewalt und psychosoziale Arbeit
in Zentralamerika
- 40 **No Future?**
Klimakrise und Klimagerechtig-
keit in Pakistan
- 44 **Feste Beziehungen**
Interview über Kooperationen und
Partnerorientierung

- 48 **Projekte / Projektionen**
Agrar-Kooperativen in Sri Lanka,
indigene Gemeinden in Mexiko,
Migration im Senegal



DIE REPORTAGE

- 50 **Nicht vergessen**
Der Kampf der Nama und Herero um
Gerechtigkeit und Reparationen
- 56 **Jenseits des Nationalismus**
Das Jubiläumssymposium der
medico-Stiftung
- 58 **medico aktiv**
Deutsche Kolonialverbrechen,
Frieden in Palästina und Israel,
Fonds für Bewegungsfreiheit
- 60 **Spenden & Stiften**
...und Bestellen & Verbreiten
- 62 **Wie das Blut an die Diamanten kam**
Das medico-rundschreiben vor
25 Jahren

Die historische Bedeutung der US-amerikanischen Wahl ist bei aller in Aussicht gestellten Wiedergroßwerdung auch ein verstörendes Symptom des Niedergangs der westlichen Hegemonie.

Liebe Leser:innen,

Trump wird wieder Präsident, die Ampel ist am Ende. Was nun? Am Berliner Hauptbahnhof findet sich eine Antwort der besonderen Art. Dort prangt nur wenige Tage nach dem Ende der Ampelkoalition ein riesiges Werbeplakat über den Gleisen. Auf schwarz-rot-goldenem Untergrund gibt die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, eine Lobbyorganisation der deutschen Arbeitgeberverbände, die Parole ihrer neuen Kampagne aus: „Wieder Weltspitze werden!“. Noch im Mai hatte ihr Geschäftsführer Thorsten Alsleben auf dem CDU-Parteitag an einem Stand für „Bürokratieabbau“ geworben. Man konnte sogar mitmachen und unliebsame Gesetze und Verordnungen symbolisch durch einen Schredder jagen. Als CDU-Kanzlerkandidat Friedrich Merz vorbeikam, zerkleinerte er just das Lieferkettengesetz, das deutsche Unternehmen zur Einhaltung menschenrechtlicher Standards in den globalen Lieferketten anhält. Menschenrechte im Ausland als bürokratische Hindernisse der deutschen Wiedererstarkung also – diese avisierte „Weltspitze“ erinnert nicht zufällig an jenes Amerika, das von Trump nun wieder groß gemacht werden soll, indem andere dafür die Zeche bezahlen.

Die historische Bedeutung der US-amerikanischen Wahl ist bei aller in Aussicht gestellten Wiedergroßwerdung auch ein verstörendes Symptom des Niedergangs der westlichen Hegemonie. Über sie und ihre möglichen Konsequenzen können Sie mehr im Leitartikel dieses Rundschreibens lesen. Anita Starosta wirft dort auch einen Blick auf Jahrzehnte des US-amerikanischen „war on terror“ – ein Instrument, das sich einerseits globalisiert, andererseits zum Niedergang des Empire beigetragen hat.

Ähnliche Gedanken finden Sie in unserem Gespräch mit dem ehemaligen Misereor-Hauptgeschäftsführer Pirmin Spiegel, der langjährigen Leiterin der Heinrich-Böll-Stiftung Barbara Unmüßig und medicos Referentin für kritische Hilfe Radwa Khaled-Ibrahim. Angesichts der aktuellen Weltordnung geht es dort außerdem um enger werdende Korridore der Solidarität und die Frage, wie an der vorläufig gescheiterten Idee einer Überwindung der strukturellen Ursachen von Armut und Not neu angeknüpft werden kann.



Mario Neumann ist verantwortlicher Redakteur des Rundschreibens.

Jenseits dieser beiden Annäherungen an die große Politik widmen wir dieses Heft der Arbeit unserer Partnerorganisationen unter den Bedingungen von Krieg, Klimakrise und Repression. So schildern die medico-Kollegen Riad Othman und Imad Mustafa die Arbeit unserer Partner:innen in Gaza, Israel und im Libanon – an der Seite Hunderttausender Zivilist:innen auf der Suche nach Schutz und Hilfe. Neben Berichten aus Zentralamerika und Pakistan sowie einem Interview über die Prinzipien unserer Arbeit mit Partnerorganisationen finden Sie im hinteren Teil des Heftes außerdem eine Reportage des Journalisten Hanno Hauenstein. Nach einer von medico organisierten Journalist:innenreise nach Namibia schildert er seine Eindrücke von den Kämpfen der Nama und Herero um Gerechtigkeit und Reparationen, 120 Jahre nach dem deutschen Genozid.

Auf die globale Krise mit dem Rückzug auf die nationale Scholle zu reagieren, kommt allerorten bei neuen rechten Mehrheiten gut an. Doch der Rückzug ist weniger Problemlösung als Teil einer kollektiven Verdrängung, aus der sich eine neue Kälte und Empathielosigkeit speist. Der Strauß auf unserem Titel soll diese Haltung bebildern. Der Duden beschreibt die „Vogel-Strauß-Politik“ als eine „Art des Verhaltens, bei der jemand eine Gefahr“ nicht sehen will. Der aufrechte Strauß ist zugleich das Gesicht einer aktuellen medico-Kampagne, die auch Sie einlädt, eine Fördermitgliedschaft abzuschließen oder dafür im Freundes- oder Familienkreis zu werben. Sie trägt den Titel „Kopf hoch!“ und meint dies auch so: Wegducken, die Augen verschließen ist trotz allem keine Option.

Das tut der Strauß übrigens auch gar nicht. Wussten Sie, dass er den Kopf keineswegs in den Sand steckt? Bei drohender Gefahr senkt er ihn bloß, um auszusehen wie ein Baum. Die Metapher prägten, so sagen es diverse Quellen, die europäischen Kolonialisten aufgrund ihrer Fehlbeobachtungen.

Wir wünschen Ihnen eine angenehme Lektüre, ein schönes Jahresende und einen aufrechten Gang ins neue Jahr.

Ihr Mario Neumann

Etwas
geht
zu Ende



Trump wird wieder Präsident, die Ampel ist Geschichte. Der Leitartikel

Von Anita Starosta

Die USA haben gewählt und das Ergebnis kann getrost als historisch betrachtet werden. Eine überdeutliche Mehrheit hat mit dem republikanischen Kandidaten Donald Trump einen Präsidenten gewählt, der sich seit fast einem Jahrzehnt misogyn und rassistisch profiliert und mit offenkundigen Lügen auftrumpft. Sein Sieg leitet für die USA autoritäre Jahre ein, die innenpolitisch mit der Übernahme der Gerichte und dem Abbau der demokratischen Institutionen, der Brutalisierung der Migrationsabwehr und dem Verfall des Sozialstaates einhergehen werden.

Die Wahl Trumps war auch eine ins Reaktionäre gewendete Entscheidung gegen ein „weiter so“ mit den Demokraten, die keinen glaubwürdigen Vorschlag präsentieren konnten, in dem globalen Krisengeschehen neu zu navigieren. Das liberale Fortschrittsversprechen kann offenbar weder Vertrauen noch Hoffnung wecken, es steht heute für kaum mehr als Krisenverwaltung mit progressivem Anstrich. Dass die scheinbar einzig greifbare „Alternative“ das autoritäre Projekt eines rechten Populisten ist, zeugt vom Niedergang einer Hoffnung, zumal Trumps Erfolg acht Jahre nach seinem ersten Wahlsieg nicht mehr als Betriebsunfall oder Protestwahl gelten kann.

Seine Präsidentschaft wird die Krise der US-dominierten Weltordnung weiter vertiefen. Letztlich wahlentscheidend waren seine An-

drohung, die Unterstützung der NATO zu überdenken, die Ankündigung, die Waffenlieferung für die Ukraine einzustellen, und die Mobilisierung der US-arabischen Bevölkerung mit einem vermeintlichen Friedensversprechen für Gaza. Klar ist: Vermeintlich nationale Interessen stehen in der sich neu abzeichnenden Weltordnung an erster Stelle.

Über die USA hinaus

Der Geist von Trumps „Make America Great Again“ ist zu einem Schlachtruf geworden, dessen Geist von vielen anderen rechtsautoritären Kräften weltweit aufgegriffen wird. Eine Politik des Ressentiments, zu der gehört, sich all jener zu entledigen, die angeblich nicht dazugehören, kann hier wie dort als Aufkündigung der Einwanderungsgesellschaft verstanden werden. Sie verspricht polizeiliche und ökonomische Sicherheit nach innen, die durch den Rückzug aus der Verantwortung für die Welt erkaufte werden soll. Das krisenhafte und katastrophische Weltgeschehen wird sich selbst überlassen, und das in einer Zeit, in der fast alle bedeutenden Fragen, die auch die US-amerikanische Bevölkerung direkt betreffen, globalen Charakter haben – von der Klimakatastrophe bis zu den entscheidenden ökonomischen Herausforderungen. Im Zweifel fliegt man dann eben mit Elon Musk auf den Mars, anstatt die Probleme hier auf Erden zu regeln.

Die Folgen dieser Politik werden die Entrechteten und Notleidenden weltweit zu spüren bekommen; wie in Afghanistan 2021, nach dem damals von Trump eingeläuteten Abzug der US-Truppen, den Biden dann vollzog; oder beim Rückzug des US-Militärs aus der Grenzregion Nordostsyriens im Oktober 2019, der eine Ausweitung der türkischen Besatzung zur Folge hatte. Es ist auch diesmal davon auszugehen, dass für „America First“ Palästinenser:innen, Kurd:innen oder Ukrainer:innen den Preis zahlen werden.

Versprochen und gebrochen

Jetzt geht womöglich endgültig zu Ende, was sich in der Rückschau seit Jahren schleichend abgezeichnet hat. Der Westen trug nach dem Ende des Kalten Krieges unter der Führung der USA das Versprechen von Demokratie, Menschenrechten und universellen Freiheitsrechten vor sich her. Er sah sich nicht nur als Sieger der Geschichte des 20. Jahrhunderts. Er hielt sogar deren Ende für gekommen, wodurch ihm eine treuhänderische Rolle als Verwalter der Gegenwart zukommen sollte. Das Programm des Westens, die Verteidigung von Demokratie und Menschenrechten, bekam spätestens vor über zwei Jahrzehnten mit dem „Krieg gegen den Terror“ tiefe Risse, der vielerorts die universellen Menschenrechte außer Kraft setzte. Die unter diesem Deckmantel geführten Kriege und Militäroperationen wurden mit Demokratie und Freiheit legitimiert – große Worte, die sich als nicht zu haltende Versprechen erweisen sollten. Der Irak-Krieg wurde dann im Jahr 2003 mit einer Lüge begonnen. Er beendete zwar das mörderische Regime unter Saddam Hussein, doch von der dann eingeleiteten neoliberalen Transformation unter dem Postimperialismus der USA hat sich das Land bis heute nicht erholt. Im Gegenteil: Der Terrorfeldzug des Islamischen Staates multiplizierte das Trauma von bruta-

ler Gewalt. In Afghanistan versuchten zwanzig Jahre nach Beginn der US-geführten Militäroperation Hunderttausende überstürzt das Land zu verlassen. Bis heute werden diejenigen, denen die Flucht nicht gelang, von jenen im Stich gelassen, die doch versprochen hatten, ihnen Rechte bringen zu wollen. Die fehlende Handlungsfähigkeit der internationalen Weltgemeinschaft, das Assad-Regime in seinem mörderischen Krieg gegen die eigene Bevölkerung zu stoppen und angemessene humanitäre Hilfe sicherzustellen, war ein weiterer Meilenstein des Verfalls der multilateralen Institutionen. Die Blockade von Russland und China im UN-Sicherheitsrat machte jegliche humanitäre oder friedenspolitische Initiative quasi unmöglich.

Noch immer beschwören die liberalen Vertreter:innen der westlichen Ordnungsmächte die alten Prinzipien, um sie im selben Atemzug zu verraten. Nirgendwo wird das sichtbarer als in der Unterstützung der israelischen Politik in Gaza. Inzwischen ignorieren zentrale westliche Staaten wie Deutschland und die USA das Völkerrecht oder setzen sich in ein instrumentelles Verhältnis, wenn es den eigenen Interessen nutzt. So schenken sie der Forderung des Internationalen Gerichtshofs (IGH) nach der Klage Südafrikas, Zivilist:innen in Gaza zu schützen, um einen Völkermord zu verhindern, keinerlei Beachtung. Während sich viele im globalen Süden für das Völkerrecht und multilaterale Institutionen einsetzen, verharret auch Deutschland in seiner eigenen Staatsräson. Die westliche Dominanz in den multilateralen Institutionen der Vereinten Nationen schwindet weiter. Während die NATO langfristig ihr bisheriges Sicherheitsversprechen kaum noch überzeugend geben kann, arbeiten andere und sich neu formierende Machtzentren wie der Zusammenschluss der BRICS-Staaten, China oder die Afrikanische Union auf eine Neuordnung der globalen Hierarchien hin. Der Ausgang ist ungewiss.

All das ist symptomatisch für politische Entwicklungen weltweit, auch in Europa und in Deutschland, wo mit dem Zerfall des Ampelbündnisses der „progressive Zyklus“ ebenfalls zu enden scheint. Ohne jede Idee der Überwindung der systemischen Fehler und mit der Idee, die Gegenwart mit grünem Kapitalismus und liberaler Gesellschaftspolitik zu verlängern, scheitert nun die deutsche „Fortschrittskoalition“. Sie hinterlässt – Stand heute – als politisches Vermächtnis vor allem eine Antisemitismusresolution als womöglich letzter Höhepunkt einer Politik der Staatsräson, die einem Obrigkeitsstaat das Wort redet, Berufsverbote für kritische Künstler:innen avisiert und Einwanderung entlang der Beziehung zu Israel steuern möchte.

Gegen die Weltignoranz

Was der Ampel nun folgt, wird sich vermutlich dem weltweiten rechts-autoritären Trend anschließen – davon zeugt mindestens die rassistische Migrationsdebatte um die Grenzschließungen in den letzten Monaten. In Europa haben solche Mehrheiten Konjunktur: Abschottung und Renationalisierung liegen im Trend.

Diese Zeiten, in denen scheinbar alles umgeworfen wird, erfordern von der Zivilgesellschaft ein hohes Maß an Standhaftigkeit und Widerstandsfähigkeit. Das vorläufige Ende des liberalen Fortschrittsversprechens und die Verdichtung der Katastrophen wird die strukturellen Ursachen von Ungleichheit und Ausbeutungsverhältnissen nicht beseitigen, sondern verschärfen. Der Bedarf an humanitärer Hilfe wird unter erschwerten Bedingungen weiter steigen. Zugänge zu denjenigen in absoluter Not sind angesichts globaler Konfliktsituationen keine Selbstverständlichkeit mehr, wie es aktuell in Gaza oder seit vielen Jahren

in Syrien der Fall ist. Zudem sind Hilfe und der Einsatz für Menschenrechte zur Zielscheibe des rechtsautoritären Herrschaftsprojektes geworden.

Dass der Verlust des öffentlichen Raums als entscheidende Ursache für die Entstehung totalitärer Bewegungen gilt, bespricht Hannah Arendt in ihrem Werk „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“ (The Origins of Totalitarianism, 1951). Das gilt auch heute. Es ist wieder wichtiger geworden, Räume kritischer Debatten und gesellschaftlicher Selbstverständigung zu schaffen. Jetzt, wo sich vielerorts staatlich finanzierte Räume schließen, liegt in der politischen Hilfe auch die Aufgabe, neue Räume zu öffnen und für sie einzustehen. Nur so kann sich eine multiperspektivische Erinnerungskultur, die einer Einwanderungsgesellschaft entspricht und um die wir momentan besonders ringen müssen, neu gründen. Nur so gelingt es, dem Hass, dem Rassismus und der Weltignoranz etwas entgegenzustellen.



Anita Starosta leitet seit diesem Jahr die Öffentlichkeitsabteilung bei medico. Sie hat sich in den letzten Jahren viel mit Syrien und den kurdischen Gebieten beschäftigt und weiß daher aus der Praxis um die unmittelbaren Folgen der globalen Verschiebungen in Krisengebieten.



„Wie kann es sein,
dass die Welt gerade
nicht spricht?“

Im Umbruch: Ein Gespräch über Hilfe und die Zukunft der Zivilgesellschaft

Wir hätten uns eigentlich gerne zu fünft an einen echten Tisch gesetzt und waren auch bereit, dafür einiges in Kauf zu nehmen. Es sind schließlich besondere Zeiten, und da kann es helfen, sich in die Augen zu schauen. Doch schnell wurde klar, dass das nichts werden würde. Pirmin Spiegel, bis vor kurzem noch Hauptgeschäftsführer des Hilfswerkes Misereor, beginnt derzeit seinen Ruhestand nämlich genau dort, wo er zuvor schon Jahrzehnte tätig war: in Brasilien. medicos Referentin für kritische Hilfe Radwa Khaled-Ibrahim wiederum ist zur Zeit dieses Gesprächs in ihrer Heimatstadt Kairo im Homeoffice der globalen Art. Immerhin Barbara Unmüßig, die über zwei Jahrzehnte Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung und mindestens ebenso lange eine geschätzte Wegbegleiterin medicos war, hätten wir in Berlin treffen können. Da es dazu aber nicht kommt, sprechen wir auf fünf Kacheln und von drei Kontinenten über eine Welt im Ausnahmezustand.

Ist eine politische Hilfe, die Menschen in Not zur Seite steht, aber auch deren Ursachen bekämpfen will, unter den gegenwärtigen Bedingungen der kriegesischen Eskalation und der sich ausweitenden Krise noch möglich?

Pirmin Spiegel (PS): Ich befinde mich derzeit am Rande des Amazonasgebietes. Jeden Tag werden Brände gemeldet, die laut Medien zu 80 Prozent von Menschen gelegt werden. Die Brände und Brandrodungen bewirken vor allem eines: Sie wei-

ten ein zerstörendes Wachstumsmodell im Interesse des Agrobusiness und der Rohstoff-fördernden Industrien aus, das sich immer neue Territorien erobert. Indigene Ethnien im Amazonasgebiet hingegen praktizieren ein anderes Lebens- und Wirtschaftsmodell. Sie sollen vertrieben oder unterworfen werden. Trotzdem gibt es Kämpfe um diese Territorien: Indigene Völker haben ein anderes Verhältnis zu Land als das Modell des Agrobusiness. Von hier aus könnte man es so formulieren: Die unmittelbare Hilfe ist ein Gebot der Menschlichkeit. Solidarische Hilfe, wie sie unsere Organisationen vertreten, steht darüber hinaus an der Seite derer, die eine Beziehung zum Wasser, zum Land, zur Natur haben, die nicht von Ausbeutung und Unterwerfung geprägt ist.

Diese solidarische Hilfe ist nötig und möglich – aber was hat sie tatsächlich erreicht?

PS: Gerade wird hier eine Demonstration für die Verteidigung der Territorien von Quilombolas organisiert. Das sind Siedlungen ehemaliger Sklaven, denen die brasilianische Verfassung Landrechte zugesteht. Statt Verfassungsrecht herrscht das Recht des Stärkeren. Ich habe mich in diesem Zusammenhang mit Lucineth, der regionalen Caritas-Präsidentin, darüber unterhalten, warum wir bei der Durchsetzung von Verfassungsprinzipien, um die wir so lange gekämpft haben, nicht weitergekommen sind. Sie sagte, dass wir in den vergangenen 30 Jahren nie an die Wurzeln des Problems

herangekommen wären. Sie bestünden im Kolonialismus und seinen Folgen und in dem Glauben an unumschränktes Wachstum. Wir hätten Schönheitspolitik betrieben, sagte sie, und kurzfristige Interessen verteidigt. Mehr sei uns nicht gelungen.

Barbara Unmüßig (BU): Ich sehe es wie Pirmin: Wir sind gescheitert, die strukturellen Ursachen für Armut, Unrecht und Hunger so zu adressieren, dass sich wirklich global etwas ändert. Wir sind damals mit dem Anspruch angetreten, weltwirtschaftliche Verhältnisse zu dekolonisieren, Asymmetrien und ungleiche Tauschverhältnisse zu beseitigen. Mit Alternativen zur neoliberalen Globalisierung wollten wir dem Ende der Ausbeutung von Mensch und Natur ganz nahekommen. Auch in der Entwicklungstheorie gab es eine sehr lebendige Debatte dazu. „Hilfe“ wollten wir sowieso überflüssig machen. Parallel dazu hatte sich das normative Gerüst der Menschenrechte und des Völkerrechts im UN-System positiv weiterentwickelt und wurde zu einer wichtigen Referenz in der globalen Politik. Heute erleben wir jedoch im Krieg in Gaza ebenso wie in den bewaffneten Konflikten im Sudan oder Jemen, wie humanitäres Völkerrecht systematisch gebrochen wird. Zum Beispiel steht im WSK-Pakt von 1966, also den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten, die Teil der Allgemeinen Menschenrechte sind, dass auch im Kriegsfall der Zugang zu Nahrung für die Menschen gewährleistet werden muss. Hunger als Waffe in bewaffneten Konflikten ist gemäß des humanitären Völkerrechts ein Kriegsverbrechen. Genau das findet gerade im Jemen, im Sudan und in Gaza statt. Normativ sind wir also weit gekommen, aber die Durchsetzung der Rechte bleibt mehr denn je auf der Strecke und das Völkerrecht wird von allen Seiten torpediert. Und der Westen hat in der Pandemie mit seiner ungerechten Impfstoffpolitik und jetzt im Israel-Gaza-Krieg massiv an Glaubwürdigkeit verloren, weil er im wirtschaftlichen Eigeninteresse und politischem Kalkül seine Wertmaßstäbe zu verraten bereit ist.

Radwa, du bist bei medico für kritische Hilfe zuständig. Kann Hilfe heute im besten Fall noch das nackte Leben retten?

Radwa Khaled-Ibrahim (RKI): Ich möchte auf den Begriff des nackten Lebens eingehen. Es ist Teil der Kriegsführung, aus Menschen eine nackte, oft braune oder schwarze Masse zu konstituieren, die außerhalb des Rechts stehen kann. Es zieht

Der Kampf gegen Autoritarismus und Faschismus hat zu Recht Priorität. Aber damit sollten die sozioökonomischen Ursachen für Spaltung und Rechtsextremismus nicht ausgeblendet werden.

sich eine Color Line durch unsere Geschichte und Gegenwart. Denn es handelt sich hier um Menschen, die eben noch eine Geschichte, noch eine Biografie hatten. Gerade als Hilfsorganisation müssen wir deshalb das Recht auf Rechte für alle unablässig einklagen und uns nicht mit dem Retten des nackten Lebens zufriedengeben. Es gibt ein Recht auf Rechte und deshalb kann es keine Subjekte geben, die außerhalb des Rechts stehen. Wenn sich Organisationen entpolitisieren müssen, um humanitär handlungsfähig zu sein, dann werden sie Teil der Kriegsregime und Verwalter einer Nekropolitik.

Braucht es also eine andere Hilfe – oder etwas anderes als Hilfe?

RKI: Ich bin derzeit viel mit Genoss:innen in Kairo unterwegs. Und wir führen sehr intensive Gespräche über diese Fragen. Es gibt eine große Wut. Vom westlichen Diskurs will man hier nichts mehr hören. Es braucht neue Räume, neue Diskurse

und eine neue Sprache. Ob Hilfe dazu beitragen kann? Sie birgt immer ein Machtgefälle und ein Machtverhältnis. Insofern sind Hilfe und Emanzipation aus meiner Sicht zwei verschiedene Sachen. Gerade im Nord-Süd-Verhältnis hat sich aus pragmatischen Gründen eine Praxis ergeben, beides zu vermischen, und das hat sich oft auch produktiv verbunden. Aber jetzt steuern wir auf einen Punkt zu, wo Hilfe und Solidarität auseinanderdriften. Es ist also ein guter Zeitpunkt, sich die Frage zu stellen, wo Hilfe anfängt und wo sie auf-

ten politischen Agenda durch. Das zeigt sich nicht zuletzt in den doppelten Standards, mit denen der Westen den Gaza-Krieg und seine Völkerrechtsverletzungen unterstützt, während er Russland zum radikal Bösen erklärt, oder in einer Klima- und Flüchtlingspolitik, die sich komplett aus der globalen Verantwortung verabschiedet hat. Wie kam es zu diesem Wandel? Und was bedeuten das für das „Weitermachen“?

BU: Wir waren als Zivilgesellschaft früher viel eher in der Lage, ungerechte globale Verhältnisse in ihrer ganzen strukturellen und vermachteten Dimension zu kritisieren. Wir waren eine doch recht starke globalisierungskritische Bewegung. Wir haben gegen ungerechte, asymmetrische Welt-handelsabkommen gekämpft, wir haben Investitionsabkommen kritisiert, die sich an den Unternehmensinteressen ausrichteten. Indem sich geoökonomisch und geopolitisch mit China als Akteur sehr viel verändert hat, ist diese Kritik am weltkapitalistischen System immer leiser geworden. Ich erlebe das als Entpolitisierung. Es gibt noch viele gute Bündnisse wie das für die globale Steuergerechtigkeit, die Klimabewegung fordert auch Klimagerechtigkeit. Aber die globalen ökonomischen Verhältnisse haben wir zu sehr aus den Augen verloren. Der Kampf gegen Autoritarismus und Faschisierung hat zu Recht Priorität. Aber dabei sollten die sozioökonomischen Ursachen für Spaltung und Rechtsextremismus nicht ausgeblendet werden.



Barbara Unmüßig leitete zwei Jahrzehnte die Heinrich-Böll-Stiftung und verantwortete dort die internationale Arbeit auf mehreren Kontinenten.

hört. Wo müssen wir eine andere Praxis der Solidarität finden? Wie gestaltet sich Solidarität als Prozess, wenn der Westen nicht mehr das Zentrum ist?

Die Forderung nach Verwirklichung des Rechts auf Rechte – so verstehen wir euch – hat also ihre Aktualität behalten. Gleichzeitig hat sich aber etwas verändert. Die politische Konjunktur setzt fundamentale Rückschritte in der weltwei-

PS: Wir waren als globalisierungskritische, kapitalismushinterfragende Zivilgesellschaft nie in der Mehrheit. Aber auch Minderheiten können sich erfolgreich für mehr Gerechtigkeit einsetzen. Gerechtigkeit ist das Minimum an Recht, das wir dem anderen zugestehen, damit er leben kann. Für mich hängt der Umschlagpunkt besonders mit 9/11, also dem Anschlag auf das World Trade Center 2001 und seinen Folgen, zusammen. Alle sogenannten Krisen nach 9/11 – die Finanzkrise, die Flüchtlingskrise, die Klimakrise, die Coro-

na-Krise – wurden vor allen Dingen im Kontext eines partikularen, nationalen und regionalen Sicherheitsinteresses betrachtet. Sicherheit wurde zu sehr als militärische Sicherheit verstanden. Dass Sicherheit mit Bildung, mit Beziehung, mit Vernetzung, mit Hungerverminderung zu tun hat, kommt in diesem Narrativ kaum vor. Ein rein militärisches Sicherheitsnarrativ ist für eine nachhaltige Welt unproduktiv.

RKI: Es ist wahrscheinlich schwierig, einen einzigen Punkt zu nennen, an dem die Diskursverschiebung begonnen hat. Hier in Kairo und mit Partner:innen bei medico diskutieren wir die Deradikalisierung infolge der NGOisierung. Dadurch sind Potenziale einer gemeinsamen Sprache, die vorhanden war, verloren gegangen. Ich meine damit radikale Vorstellungen von Befreiung und Emanzipation. Die Idee, dass mit der Unterstützung lokaler Akteur:innen ein globaler Wandel möglich ist, kommt an ihre Grenzen. Das zeigt, wie zentristisch ein Konzept ist, wenn man sich ausgehend von einer politischen Vorstellung, die im Norden erdacht wird, Akteure im Süden aussucht. Ich würde gleichzeitig davon abraten, sich in die Binarität von Scheitern und Gewinnen zu begeben. Politische Prozesse gehen weiter und sind komplizierter, viele Bewegungen sind nach wie vor bedeutsam. Akteur:innen aus der Klimabewegung versuchen sich zu vernetzen, der Kampf um die Dekolonialisierung ist ein globales Phänomen und auch feministische Bewegungen sind nach wie vor relevant. Es fehlt allerdings die Imaginationskraft. Wir sind in der Gegenwart gefangen.

Nicht globale Maßnahmen für kleine Verbesserungen stehen auf der Tagesordnung, sondern Rückschritte im Sieben-Meilen-Stiefel-Tempo. Stehen wir vor einer zwar umkämpften, aber dennoch absehbar düsteren Zukunft?

PS: Polarisierung, so sagte Hannah Arendt, ist ein Merkmal von Umbrüchen. Wenn das stimmt, befinden wir uns mitten im Umbruch. Eine wichtige

Frage besteht darin, wie wir in diesem Umbruch handeln können. Mich ermutigt, wie entschlossen hier in Brasilien schwarze und indigene Bevölkerungen für eine andere Politik und einen anderen Umgang mit Natur eintreten, weil sie wissen, dass es so nicht weitergehen kann. Sie tun das in einer zutiefst gespaltenen brasilianischen Gesellschaft. Sie lassen sich davon nicht entmutigen und gehen um ihretwillen und der kommenden Generationen willen in den Widerstand. Gerade findet in London eine Gerichtsver-

Für das, was heute an Unmenschlichkeit geschieht, dafür habe ich noch keine Sprache. Fast denke ich, ich bräuchte neue Worte.

handlung zum Dambruch von Mariana 2015 statt, eine der größten Unglücke in der Geschichte des Bergbaus in Brasilien, das eine ganze Region zerstört hat. Eine australisch-britisch-brasilianische Aktiengesellschaft ist angeklagt, für die Katastrophe verantwortlich zu sein. Auch indigene Völker treten vor Gericht auf und sprechen von einem Schaden in Milliardenhöhe, einem Schaden, der sich in Geld gar nicht messen lasse, weil er auch eine ganze Kultur der Region zerstört habe. Da werden Zusammenhänge deutlich, die man in den privilegierteren Ländern vor 30 Jahren noch getrost negieren konnte. Vielleicht ist es heute unsere Aufgabe, diese vielen Initiativen zu vernetzen und die Möglichkeit zu bieten, sich gegenseitig zu ermutigen.

Sicher hat sich sehr viel getan. Trotzdem: Die politischen Institutionen im globalen Norden sehen keinerlei Veranlassung, darauf einzugehen. Wir haben keine Ansprechpartner in der Po-

litik mehr. Stattdessen treiben die Eliten in den Krieg. Was heißt das für uns als westliche Zivilgesellschaft?

BU: In meiner langen Tätigkeit habe ich nie eine Zeit ohne Krieg erlebt. Die Kriege waren nur weiter weg. Jetzt steigen wir auch hier in eine Art Kriegswirtschaft ein. Und es ist bitter festzustellen, dass uns keiner zuhört. Wenn Hunderttausende für Klimagerechtigkeit auf die Straße ge-

Foto: Harms Misereor



Pirmin Spiegel war bis vor wenigen Monaten Hauptgeschäftsführer und Vorstandsvorsitzender des Bischöflichen Hilfswerkes Misereor.

hen, passiert nichts bis wenig. Klimaktivist:innen müssen gar fürchten, kriminalisiert zu werden. Wenn ein paar Hundert Landwirte demonstrieren, werden selbst die wenigen Schritte zu einer klimaschützenden Landwirtschaft zurückgenommen. Wir haben heute Machtverhältnisse, die emanzipatorisches Handeln sehr schwermachen. Repression und Gewalt sind für viele Aktivist:innen harte Realität in allen Regionen der Welt. Sie vor allem brauchen unsere Solidarität.

RKI: Die globalisierungskritische Bewegung hat damals den Irak-Krieg 2003 nicht verhindern können, obwohl es weltweit eine große Bewegung dagegen gab. Dieser Krieg war eine imperiale Notwendigkeit: Die USA haben mit ihm ihre imperiale Position gesichert. Was jetzt passiert, ist genau solch eine imperiale Notwendigkeit, weil man die Herausbildung einer multipolaren Weltordnung und den damit einhergehenden eigenen Herrschaftsverlust nicht hinnehmen will. Deshalb wird es für alle kritischen Kräfte, ob in Ägypten oder in Deutschland, unglaublich eng. Für den Traum von Europa, das ein gutes Leben für alle verspricht, braucht es jedenfalls die „Anderen“. Die aber werden gerade zur dehumanisierten, braunen Masse gemacht, innerhalb und außerhalb Europas. Was unter diesen Bedingungen, in denen Formen von Rassismus und Kolonialismus in einer unvorstellbaren Weise wieder aufleben, Widerstand und Emanzipation heißt, wird diesseits und jenseits der Color Line sehr unterschiedlich verstanden. Dafür Vernetzungen und gemeinsame Räume zu schaffen, sich darüber auszutauschen und neu zu verständigen, wird eine wichtige Aufgabe sein. Transformationen entstehen in den Brüchen, darauf kann man vertrauen.

PS: Als Theologe ist für mich die Gottesebenenbildlichkeit wesentlicher Ausgangspunkt. Sie bedeutet, dass die menschliche Würde nicht verhandelbar ist. Sie hat Kooperation, universelle Verantwortung und die Option an der Seite der Armen zum Inhalt. Wenn die Menschenwürde und Menschenrechte mit Füßen getreten werden, kann ich die Forderung nach Menschenwürde und Menschenrecht nicht aufgeben. Der Ausgangspunkt unseres Widerstands ist die Aufrechterhaltung unserer Empathie, unseres Mitleidens mit den Leidenden. Für mich war unvorstellbar, dass – bei jedem Selbstverteidigungsrecht – eine Vergeltung der Regierung Israels mit einer solchen unerbittlichen Härte und Unversöhnlichkeit legitimiert werden kann, wie das heute der Fall ist. Leben unterschiedliche Wertigkeit beizumessen, können wir nicht hinnehmen.

Nun scheinen aber genau jene aktuell stattfindenden Umbrüche gerade die Fortschrittsperspektive zunichte zu machen. Führt der Umbruch in den Abgrund?

BU: Wenn Polarisierung ein Zeichen von Umbruch ist, dann wissen wir ja noch nicht, wohin dieser Umbruch führt. Es könnte ja auch auf lange Sicht ein Umbruch in den Aufbruch von Emanzipation werden. Aber natürlich führt die Polarisierung derzeit in eine große Brutalisierung, in eine Zeit, in der die Würde des Menschen nicht mehr uni-

Wir dürfen uns nicht in die Binarität von Scheitern und Gewinnen begeben. Politische Prozesse sind komplizierter und sie gehen weiter. Uns fehlt allerdings die Imaginationskraft. Wir sind in der Gegenwart gefangen.

versell gültig ist. Die Hierarchisierung der Wertigkeit von Leben vollzieht sich in all den multiplen Krisen auf dramatische Weise. Gaza ist dafür ein entsetzliches Beispiel; wie Geflüchtete nicht nur an unseren Grenzen behandelt werden, ein anderes. Tausende Opfer der Klimafolgen sind fast schon „normal“. Der Umbruch löst bei uns im Norden enorme Verlustängste aus. Die Rechtsextremen mobilisieren all diese Ängste. Das ist zum Fürchten. Politische Prozesse lassen sich zum Glück umkehren, ökologische Zerstörung ist aber vielerorts irreversibel. Jeder Mensch weiß um seine Würde. Das ist universell. Sie für alle wirklich werden zu lassen, ist mein Antrieb für politisches Handeln.

Damit ist die Frage nach dem Universalismus gestellt. Wie muss er neu buchstabiert werden, damit er als Richtschnur unseres Handelns noch gültig ist?

PS: Als Kant den kategorischen Imperativ formulierte, galten dessen Werte nur für eine kleine Gruppe von Menschen. Wenn die kulturellen und menschenrechtlichen Wurzeln indigener Völker zwar in der Staatsverfassung respektiert, aber in der Praxis mit Füßen getreten werden und ganz konkret Polizeieinheiten aufseiten des Agrobusiness stehen, dann gilt Recht nicht universell. Universalismus bedeutet, dass die Schwächsten zur Unterbrechung berechtigt sind. Wir können sie

Foto: Privat



Radwa Khaled-Ibrahim ist Referentin für Kritische Nothilfe in der Öffentlichkeitsarbeit von medico.

nur darin unterstützen. Wir müssen neue Bündnisse dafür schließen und sprachfähig werden. Für das, was heute an Unmenschlichkeit geschieht, dafür habe ich noch keine Sprache. Fast denke ich, ich bräuchte neue Worte. In Brasilien blickt die Zivilgesellschaft auf den Krieg im Nahen Osten in anderer Weise als in Europa und ge-

braucht eine andere Terminologie. Sie betrachten die Genese des Konfliktes historisch und kulturell anders, sie nehmen den Rachegeanken als Leitmotiv des gegenwärtigen Handelns wahr. Würden wir diesen brasilianischen Blick in Deutschland zu Wort kommen lassen, wären das konstruktive Unterbrechungen.

RKI: Der Tod der Sprache spielt auch in den Debatten in der arabischen Welt eine Rolle. Mit der Sprache, die wir bisher kannten, lässt sich vieles nicht mehr beschreiben. Dabei ist Arabisch eine sehr alte Sprache, die sehr viel Leid und viele Umwälzungen gesehen hat. Der arabische Dichter Mahmoud Ezzat hat letztes ein sehr schönes Gedicht geschrieben, darin steht die Zeile „Wie kann es sein, dass die Welt gerade nicht spricht?“. Die Welt ist stumm und wir sind stumm. Dazu gehört, dass auch in Ägypten die Solidarität mit Palästina kriminalisiert wird. Es braucht, wie Spivak gesagt hat, eine affirmative Sabotage des Universalismus. Es braucht das Beharren darauf, dass die Menschen gleich sind, dass sie Rechte haben. Oder wie James Baldwin sagt: „All children are ours, every bombed house is where I've grown up in.“ Das zu affirmieren und gleichzeitig zu fragen, welche Machtverhältnisse der Universalismus aufrechterhält, und dies zu sabotieren – daraus kann eine Art progressiver Humanismus entstehen.

BU: Solidarität ist für mich, wenn wir aufhören, die Kosten unserer privilegierten oder imperialen Lebensweise auszulagern, Menschen und Natur zu entwürdigen und auszubeuten. Dafür braucht es neben vielem anderen ein komplett anderes Agrar- und Ernährungssystem und gerechte Finanz- und Steuerpolitiken in allen Ländern der Welt. Solidarität heißt, zum Beispiel radikal die Emissionen bei uns zu reduzieren und die seit 2009 in Kopenhagen zugesagten 100 Milliarden Klimamittel zu liefern oder in den „Loss and Damage Fund“ einzuzahlen. In all den akuten Krisen braucht es auch Nothilfe, wohl mehr denn je. Wir brauchen aber vor allem Le-

bens- und Wirtschaftsmodelle, die diese Nothilfe überflüssig machen. Dafür brauchen wir neues Denken und anderes Handeln.

PS: Vermutlich wird einmal gefragt werden, wie es möglich war, dass die internationale Staatengemeinschaft akzeptiert hat, was im Nahen Osten, was im Sudan, was in Myanmar passiert. Oder auf Inseln, die jetzt in Papua Neuguinea nicht mehr bewohnbar sind, weil sie im Meer versinken. Wir wussten das alles und waren zu wenig aktiv, andere Interessen dominierten. Wir haben es zugelassen. Uns eint das Wissen, dass der Weg, der vor uns liegt, herausfordert, einen anderen Anfang zu wagen und das Alte nicht einfach fortzusetzen.

Das Gespräch führten Katja Maurer und Mario Neumann.

Am Limit

Über die Arbeit unserer
Partnerorganisationen

Hunderttausende Menschen sind derzeit im Libanon auf der Flucht.



Schon wieder

Mitten im Krieg streiten medico-Partner:innen im Libanon für das Recht auf Gesundheit

Von Imad Mustafa

Noch vor wenigen Wochen herrschte an der Corniche, der berühmten Strandpromenade Beiruts, entspanntes Treiben. In den frühen Abendstunden waren die Cafés, Restaurants und schicken Bars gut gefüllt. Auf der Promenade tummelten sich Jogger:innen, Paare, Familien und Straßenkinder. Zwar wütete auch damals schon Krieg zwischen Israel und der Hisbollah, wurde der Norden Israels vom Südlibanon aus beschossen und bombardierte die israelische Armee den Süden, bis hinauf in die Bekaa-Ebene. Hier an der Corniche aber schien all das noch weit weg zu sein. Und doch sind die Erinnerungen an die letzte israelische Bodeninvasion und der daraus folgenden massiven Zerstörung, wie sie das Land 2006 erlebte, in den Gesprächen, die ich führte, allgegenwärtig.

Heute ist die Corniche mit Zelten übersät. Die entgrenzte Gewalt der israelischen Kriegsführung ist in der Hauptstadt angekommen. Mehr als ein Drittel des libanesischen Territoriums ist von der israelischen Armee zum militärischen Sperrgebiet erklärt worden, Hunderte Dörfer und Städte sind menschenleer oder zerstört. Über eine Million Menschen sind aus dem Süden, der Süd-Beiruter Dahiye und anderen Landesteilen geflohen. Sie haben in der Hauptstadt und im Norden, an vermeintlich sicheren Orten, Zuflucht gesucht. Am Strand hausen diejenigen, die keinen Platz in einer der Tau-

send Notunterkünfte des Landes ergattern konnten oder kein Geld für die Anmietung einer Wohnung haben. Unter den Geflüchteten befinden sich Hunderttausende Syrer:innen, die bereits vor dem Krieg rechtlos und unter extrem prekären Verhältnissen lebten. Geschätzte 300.000 Menschen sind in ihrer Verzweiflung bereits zurück nach Syrien geflohen, über 100.000 Libanes:innen sind ihnen gefolgt. In den Gebieten der kurdischen Selbstverwaltung Nordostsyriens fanden bisher über 20.000 Menschen Unterschlupf und werden von den dortigen Helfer:innen versorgt.

Verteilt wird, was da ist – wenig

Auch die Palästinenser:innen im Libanon leiden unter der Situation. Im palästinensischen Flüchtlingslager Ein el-Hilweh in der südlich von Beirut gelegenen Stadt Saida leitet Zafer al-Khateeb die langjährige medico-Partnerorganisation Nashet, eine der palästinensischen NGOs im Libanon. Seit vielen Jahren bietet Nashet in Ein el-Hilweh psychosoziale Hilfe an und betreibt eine Küchenkooperative. Zafer berichtet, wie der Krieg die Situation erschwert: „Die Menschen haben Angst, dass das Camp bombardiert wird. Die Versorgungslage für die meisten Familien ist sehr schlecht.“ Seit Monaten muss bei der Essensausgabe rationiert werden, weil



Die medico-Partnerorganisation Nashet verteilt in Saida Kleidung und Decken.

Hilfsorganisationen nicht genug zum Verteilen haben. „Der nationale Notfallplan der Regierung funktioniert entweder nicht oder es gibt ihn nur auf dem Papier.“ Zafer geht davon aus, dass sich die Situation mit der Fortdauer des Krieges zuspitzen wird.

Ende Oktober wird Saida das erste Mal von israelischen Bomben getroffen. Zu diesem Zeitpunkt sind bereits Tausende palästinensische Familien aus dem Süden aufgrund der israelischen Evakuierungsanordnung geflohen. Viele haben sich in die engen Gassen von Ein el-Hilweh begeben. Alternativen gibt es für sie kaum, da die staatlichen Notunterkünfte nur libanesische Staatsangehörige aufnehmen. Das Hilfswerk der Vereinten Nationen für palästinensische Flüchtlinge (UNRWA) verfügt nicht über ausreichend Mittel, um in der gegenwärtigen Notsituation die gestiegenen Bedarfe an Gesundheitsversorgung, Unterkunft und Lebens-

mittelversorgung bereitzustellen. Hier springt Nashet ein. Die medico-Partner:innen versorgen die Ankommenden in Saida mit dem Wenigen, was zur Verfügung steht, und organisieren Notunterkünfte.

Die Gewalt der Krise

Schon vor Kriegsausbruch befand sich der Libanon in einer Dauerkrise. Seit dem Bankencrash 2019, in dessen Zuge die Landeswährung ihren Wert fast vollständig einbüßte, ist das Land nicht mehr auf die Beine gekommen. Hinzu kamen die Explosion im Beiruter Hafen 2020, die Covid-19-Pandemie, der ausbleibende Tourismus und jetzt der Krieg. Die Stromversorgung bricht immer wieder zusammen, laut Weltbank lebt inzwischen die Hälfte der Bevölkerung unterhalb der Armutsschwelle. Wer es konnte, hat zwischenzeitlich das Land verlassen. Auch das

Gesundheitssystem, das in der Region hohes Ansehen genoss, wird von den zerstörerischen Entwicklungen ausgezehrt. Qualifiziertes Gesundheitspersonal ist in Scharen emigriert, weil es im Ausland bessere Einkommenschancen gibt. Krankenhäusern fehlen wichtige Devisen, um medizinische Güter auf dem Weltmarkt zu kaufen. Lokale Versicherer sind mit ihren Zahlungen im Rückstand. Und der Staat ist pleite. Auch Patient:innen können ihre Rechnungen für Gesundheitsleistungen nicht mehr begleichen. Viele unterlassen den Gang ins Krankenhaus, weil sie wissen, dass sie ihn sich nicht mehr leisten können.

Basisgesundheitsmit Geschichte

Nicht erst in Kriegszeiten kommt Organisationen wie dem langjährigen medico-Partner Amel daher eine besonders wichtige Rolle zu. Amel gründete sich in den Bürgerkriegsjahren als säkulare, nichtkonfessionelle medizinische Nothilfeorganisation. Im Laufe der Zeit hat sie sich zu einer großen Basisgesundheitsorganisation entwickelt, die gezielt in armen Regionen des Landes wie im Südlibanon, in Südbeirut und in der Bekaa-Ebene arbeitet. In 32 über das Land verteilten Gesundheitszentren arbeiten zahlreiche lokale Mitarbeiter:innen. Durch ihre kontinuierliche Präsenz ist es gelungen, bei den Patient:innen Vertrauen entstehen zu lassen.

Die Zusammenarbeit zwischen medico und Amel währt bereits über vier Jahrzehnte. Nach den Massakern, die christliche Milizen 1982 unter den wachsamen Augen der mit ihnen verbündeten israelischen Armee in dem Beirut Stadtteil Sabra und dem Lager Shatila an den Palästinenser:innen verübten, stieg medico in die Nothilfe ein. Getragen wird die Kooperation bis heute von der geteilten Überzeugung, dass es – wie seit den 1970er-Jahren auch von der WHO gefördert und gefordert – um die Stärkung

einer „Basisgesundheitspflege“, einer Primary Health Care, geht. So bieten die Gesundheitszentren von Amel nicht nur eine erschwingliche Grundversorgung an. Ihr Ansatz berücksichtigt vielmehr auch psychosoziale Aspekte. Frauen werden in Fragen reproduktiver Medizin beraten, Kriegstraumata werden individuell und kollektiv bearbeitet. Die in Konfliktmoderationen geschulten Mitarbeiter:innen bewegen sich behutsam in der heterogenen libanesischen Gesellschaft. Das Recht auf Gesundheitsversorgung verteidigt Amel nicht nur für arme Libanes:innen, sondern auch für palästinensische, irakische und seit über zehn Jahren vor allem für die vielen syrischen Geflüchteten, die im Libanon Zuflucht vor den regionalen Konflikten gefunden haben. Amel verteidigt damit die Idee von Gesellschaftlichkeit über den Horizont der eigenen Glaubensgemeinschaft, der eigenen Ethnie oder politischen Gruppe hinaus. Hilfe, so die Überzeugung, muss alle erreichen.

Kamel Mohanna ist Gründer und Präsident von Amel. Der vitale 80-Jährige studierte Ende der 1960er-Jahre in Paris Medizin. Der fortschrittliche Zeitgeist jener Jahre prägte ihn zutiefst: In den unzugänglichen Bergen von Dhojar engagierte er sich in den 1970er-Jahren für die dortige Revolution und wirkte als Arzt in der Tradition der „barefooted doctors“, bevor er in den Wirren des Bürgerkriegs nach Beirut zurückkehrte, um in den palästinensischen Flüchtlingslagern zu helfen. Ihn treffe ich beim Besuch des Amel-Hauptquartiers im Beiruter Stadtteil Musaytabeh in seinem einfachen Büro. In makellosem Französisch verabschiedet er noch schnell eine kanadische Journalistin, bevor er sich mir zuwendet. Mohanna betont, wie wichtig die Arbeit der Organisation auch heute noch ist: „Unsere mobilen Kliniken sind da unterwegs, wo es keine Versorgung für die Menschen gibt. Auch die Gesundheitszentren leisten einen wichtigen Beitrag dazu – gerade während des Kriegs.“

Mit einem Team von Amel fahren wir in die Bekaa-Ebene. Die zweistündige Fahrt durch die Berge führt uns durch drusische, christliche und muslimische Dörfer. Viele Exil-Libanesis:innen haben sich hier pompöse Residenzen gebaut, um im Sommer der unerträglichen Schwüle der Städte zu entfliehen. Je näher wir aber im südwestlichen Teil der Ebene dem Gesundheitszentrum von Mashgara kommen, desto zahlreicher werden die informellen Flüchtlingslager, in denen Syrer:innen ohne fließendes Wasser oder Kanalisation in Wellblechhütten und altersschwachen Zelten seit mittlerweile über einem Jahrzehnt den Jahreszeiten ausgesetzt sind. Zwischen diesen Lagern bewegen sich die mobilen Kliniken von Amel. Die Gesundheitsarbeiter:innen kümmern sich um alltägliche Erkrankungen sowie Infektionskrankheiten wie Hepatitis oder Typhus. 2022 gab es hier auch Cholerafälle, ein untrügliches Zeichen dafür, wie desolat die Wasser-, Sanitär- und Infrastrukturen sind. Auch heute gibt es wieder Cholerafälle zu beklagen.

Der Krieg ist inzwischen auch hier angekommen. Aufgrund anhaltender israelischer Luftangriffe musste Amel das Gesundheitszentrum in Mashgara Anfang Oktober schließen. Es wurde für die Mitarbeiter:innen zu gefährlich, unter dem anhaltenden Beschuss weiterzumachen. Das Gesundheitszentrum in Khiam an der Grenze zu Israel war im Juni direkt von Luftangriffen getroffen worden, zwei weitere Gesundheitszentren in Beiruts Dahiye wurden durch Explosionen in der Umgebung Anfang Oktober stark beschädigt. Doch das medizinische Personal dieser Zentren macht einfach an anderer Stelle weiter, in anderen Amel-Zentren oder in mobilen medizinischen Einheiten. Unter hohem Risiko helfen die Mitarbeiter:innen bei der Verteilung von Basis-Versorgungsgütern, leisten psychosoziale Unterstützung und medizinische Nothilfe – auch mit Nothilfe-Geldern aus medico-Spenden.

medicos Partnerorganisationen leisten derzeit unter großem persönlichen Einsatz Nothilfe für die Menschen im Libanon. Der seit Jahren kollabierende libanesische Staat ist mit der Not vollkommen überfordert. Die mobilen Kliniken und Gesundheitszentren von Amel sind in vielen Regionen daher die einzigen Anlaufstellen für Kranke, Verletzte und Geflüchtete. Die palästinensische Organisation Nashet betreibt in der südlichen Stadt Saida eine Großküche und stellt Notunterkünfte zur Verfügung. medico unterstützt beide Organisationen schon seit langem, aktuell mit einer Nothilfe.

Spendenstichwort: Nothilfe Libanon

Auf die Frage, wer ihnen selbst in dieser schweren Zeit hilft und beisteht, muss Marion Fabre schlucken. Die Gesundheitskoordinatorin von Amel sagt: „Die Belastung der letzten zwölf Monate war unglaublich hoch. Wir haben kaum einen geregelten Alltag und es gibt keine Pausen.“ Und dann ist da die Anspannung, wenn es als Nächstes treffen wird. Schließlich sind in diesem Krieg bereits 163 Gesundheitsarbeiter:innen getötet worden. Bei Nennung dieser Zahl schluckt Marion Fabre erneut. Dann sagt sie: „Aber aufhören ist keine Option.“



Imad Mustafa ist Referent für Menschenrechte und bereiste im Sommer den Libanon. Dort traf er langjährige medico-Partnerorganisationen, die heute Nothilfe im Krieg leisten.

Vor aller Augen

In Gaza geht es seit Monaten nur noch ums Überleben

Von Riad Othman

Für die meisten Menschen in Gaza war das Leben noch nie einfach: weil sie die Enklave aufgrund der israelischen Abriegelung und der damals meist geschlossenen Grenze zu Ägypten noch nie haben verlassen können; weil man in guten Zeiten zehn, in schlechteren vier bis sechs Stunden Strom am Tag hatte; weil der schwer erkrankte Bekannte oder Verwandte allenfalls mit israelischer Sondergenehmigung Zugang zur überlebensnotwendigen Behandlung in einem Krankenhaus in Jerusalem bekommen konnte; weil die Hamas die Meinungs- und Versammlungsfreiheit unterdrückte und das Gerichtswesen zunehmend seine Unabhängigkeit eingebüßt hatte; kurzum: weil Israel und die Hamas die Grundrechte der Menschen verletzten. Es gab viele, zu viele Gründe, weshalb das Leben in Gaza schon vor dem 7. Oktober 2023 schwierig war.

Es gab aber auch viele Gründe, weshalb Menschen, darunter unsere Partner:innen, Gaza unter keinen Umständen den Rücken kehren wollten. Die Liebe zum Meer war einer, den man häufig hörte. Für die Arbeit der mit uns verbundenen Organisationen stand der Kampf um eben jene vorenthaltenen Rechte im Mittelpunkt, der Glaube daran, die eigene Freiheit erlangen zu können. medico unterstützte diese Kämpfe, in Palästina ebenso wie in Israel, in der festen Überzeugung, dass nur gleiche Rechte für alle zwischen dem Mittelmeer und dem Jor-

dan zu einem dauerhaften Ende des Blutvergießens und einer wie auch immer gearteten Regelung führen könnten. Unsere Partner:innen kämpften an gegen die Übermacht einer Realität, in der Israel mit der Abriegelung Gazas sowie dem Siedlungsbau in Ostjerusalem und der Westbank Fakten schuf, oder vielleicht besser gesagt: unfehlbare Zeichen dafür setzte, dass unser gemeinsames Einstehen für gleiche Rechte gegen ein Besatzungsregime, das Menschenrechtsorganisationen verschiedentlich als Apartheid bezeichnet haben, ein Kampf gegen Windmühlen war. Aufgeben war trotzdem nie eine Option. Und ist es noch immer nicht.

Ausgebombte Zukunft

Der Gazastreifen ist durch die nahezu flächendeckende Zerstörung ziviler Infrastruktur auf Jahre, wenn nicht Jahrzehnte durch die israelische Armee systematisch unbewohnbar gemacht worden. In dieser albatraumhaften Realität tun Organisationen wie die Palestinian Medical Relief Society (PMRS) weiter das, was sie seit Jahrzehnten tun: Sie kümmern sich um diejenigen, die Hilfe brauchen. Angesichts der israelischen Abriegelung und des defizitären Charakters des palästinensischen Gesundheitssektors in Gaza hatte sich die PMRS in den letzten Jahren, auch mit großer Unterstützung des deutschen Entwicklungsministeriums und



Das Ausmaß der Zerstörung hat in Gaza auch jede Hoffnung zerstört. Helfer:innen von PMRS räumen trotzdem auf.

medicos, auf die Versorgung von Patient:innen mit nicht übertragbaren Krankheiten wie Bluthochdruck oder Diabetes konzentriert. Denn obwohl die Bevölkerung Gazas zu mehr als 50 Prozent aus Kindern und Jugendlichen besteht, wächst die absolute Zahl der über 60-Jährigen stark an.

Für uns war immer klar, dass wir die völkerrechtswidrige Abriegelung nicht würden aufheben können. Uns war auch klar, dass wir mit diesem Beitrag zum Aufbau einer funktionierenden und bezahlbaren Gesundheitsversorgung die Realisierung des Menschenrechts auf Gesundheit für die palästinensische Bevölkerung unter den Bedingungen einer anhaltenden Besatzung nur begrenzt unterstützen konnten. Gleichzeitig hatten PMRS und medico mit dem Zentrum für nicht übertragbare Krankheiten in Gaza eine Referenzeinrichtung geschaffen, die in einer wie auch immer aus-

gestalteten palästinensischen Selbstbestimmung ein wichtiger Baustein des Gesundheitswesens zur Versorgung von mehr als zwei Millionen Menschen gewesen wäre.

Seit bald einem Jahr ist es damit vorbei. Das Zentrum und das über Jahre aufgebaute Labor, das in der abgeriegelten Enklave einzigartige Diagnoseverfahren bot, die teilweise nur außerhalb des Gazastreifens oder im für die Mehrheit unerschwinglichen Privatsektor zur Verfügung gestanden hatten, wurden bei israelischen Angriffen weitestgehend zerstört. Die meisten der über 160 Mitarbeiter:innen der PMRS in Gaza wurden zu Binnenvertriebenen gemacht. Seit Monaten leistet PMRS unter widrigsten und gefährlichen Bedingungen an über 50 Standorten im gesamten Gazastreifen medizinische Nothilfe. Postoperative Wunden werden in Zelten versorgt, Medikamente inmitten von Ruinen ausgegeben, Familien mit Kindern in Klassenzimmern von UNRWA-Schulen untersucht und ärztlich versorgt. Und dennoch geben sie nicht auf. Sobald es die Lage vor Ort zuließ, kehrten sie zu einem ihrer Gesundheitszentren in Jabalia im Norden des Gazastreifens zurück, beseitigten, so gut es ging, die Schäden und nahmen die Versorgung der dort verbliebenen Menschen wieder auf.

Unseren anderen Partner:innen in Gaza geht es nicht anders. Sie versuchen durchzuhalten und zu überleben, während sie im Verlauf des vergangenen Jahres erleben mussten, wie die Welt sie nicht nur im Stich ließ. Sie erfuhren am eigenen Leib, wie sich die Reden westlicher Regierungen von Völkerrecht, Menschenrechten, Werten und Demokratie als hohle Phrasen entpuppten, wenn es um Palästinenser:innen geht. Dabei sind es eben diese Werte, für die sich die Frauen der Culture & Free Thought Association (CFTA) aus Khan Younis jahrelang eingesetzt hatten. Gegen erhebliche Widerstände und Anfeindungen haben sie Räume für Frauen, Kinder

und Jugendliche offengehalten, psychosoziale Unterstützung geleistet und Gemeindeaktivitäten organisiert. Erschöpft wie nie zuvor, haben die Leiterin der Organisation Majeda al-Saqqa und ihre Kolleg:innen heute keine andere Wahl als weiterzumachen. Sie helfen nun ausbombten Familien und Alten in den Dünen von Al-Mawasi und in den Ruinenlandschaften von Khan Younis oder Deir al-Balah beim Bau von Unterständen für den nahenden Winter. Und sie verteilen Hygieneartikel und Lebensmittel – sofern es etwas zum Verteilen gibt.

Krieg plus Kriminalisierung

In Israel wurde jüngst das Gesetz zur Kriminalisierung des UN-Hilfswerks für Palästina-Flüchtlinge UNRWA verabschiedet. Damit sendet nicht nur die israelische Regierung, sondern eine überwältigende Mehrheit der Knesset (einschließlich der hiezulande als gemäßigt betrachteten Parteien) gleich zwei klare Botschaften. Mit der Beseitigung des größten humanitären Akteurs in den besetzten palästinensischen Gebieten soll erstens die Hilfe gegenüber der notleidenden Bevölkerung weiter eingeschränkt werden – obwohl der Internationale Gerichtshof in Den Haag bereits dreimal rechtsverbindlich angeordnet hat, den Zugang für humanitäre Hilfe im erforderlichen Umfang endlich zuzulassen. Zweitens soll das verbriefte Rückkehrrecht der palästinensischen Bevölkerung, die im Zuge der israelischen Staatsgründung zu großen Teilen vertrieben wurde, endgültig beseitigt werden. Hierbei ist zukünftig Rückendeckung aus Washington zu erwarten: Donald Trump hatte schon während seiner ersten Amtszeit, als er die US-Unterstützung der UNRWA einstellte, eben dieses Ziel formuliert. Passend dazu haben sich zwei von drei befragten Israelis einen Wahlsieg Trumps erhofft.

Jenseits der öffentlichen Aufmerksamkeit hat die israelische Regierung weitere Schritte in die Wege geleitet, ausländischen Angestellten internationaler Hilfsorganisationen den Zugang und Aufenthalt in Palästina und Israel zu erschweren. Alles deutet seit Monaten darauf hin, dass die humanitäre Unterstützung der palästinensischen Bevölkerung massiv eingeschränkt werden könnte. In Gaza wird dies bereits eingesetzt, um die rund 300.000, die sich momentan im Norden der Enklave aufhalten, in die südliche Hälfte zu vertreiben. Außerdem hat die israelische Armee längst damit begonnen, in Gaza eigene militärische Infrastruktur zu errichten. Offenkundig will sie dauerhaft präsent bleiben und das ohnehin winzige Territorium weiter verkleinern. Damit sind zwei weitere von Joe Biden und Annalena Baerbock einst gezogene „rote Linien“ überschritten. Konsequenzen wird es nicht geben.

Unterdessen sehen sich unsere Partnerorganisationen in Israel in Verschärfung der Diffamierungskampagnen der vergangenen Jahre erhöhtem Druck und konkreter werdenden Bedrohungen ausgesetzt. In Reaktion auf einen Redebeitrag des Haaretz-Chefredakteurs Amos Shoken bei einer Konferenz in London, in dem er Sanktionen gegen Israel forderte, brachte der Justizminister Yariv Levin die Möglichkeit eines Gesetzes ins Spiel, solche Aufrufe mit bis zu 20 Jahren Gefängnis bestrafen zu lassen. Guy Shalev, Direktor der medico-Partnerorganisation Physicians for Human Rights – Israel (PHRI), schließt nicht aus, dass ein solches Gesetz als Ausdruck einer noch härteren Gangart wirklich kommt. Ungeachtet dessen hat PHRI im Oktober mit den israelischen Organisationen B'Tse-lem, Gisha und Yesh Din eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht. In ihr werfen sie der internationalen Gemeinschaft vor, sich an „Verbrechen des Aushungerns und der Zwangsumsiedlung“ der Bevölkerung in Nordgaza „mitschuldig zu machen“, wenn sie wei-

terhin „nur zusehen und abwarten“, anstatt „alle ihnen zur Verfügung stehenden rechtlichen, diplomatischen und wirtschaftlichen Mittel zu nutzen, um dies zu verhindern“. Eine berechnete Forderung – in Israel womöglich bald eine Straftat.

Deutsches Schweigen

Die Bundesregierung schweigt zu den wachsenden Repressionen und Diffamierungen. Wieder einmal. Schon 2021 hatte die israelische Regierung, ohne überzeugende Beweise vorzulegen, kurzerhand sechs palästinensische Einrichtungen zu Terrororganisationen erklärt. Zwei davon waren und sind medico-Partner, deren Arbeit auch von der Bundesregierung gefördert wurde. Trotz der gemeinsam mit anderen EU-Staaten abgegebenen Erklärung, die so diffamierten Organisationen weiter unterstützen zu wollen, stellte Berlin die Förderung und im Dezember 2023 die Zusammenarbeit vollends ein. Eine politische Gefälligkeit gegenüber der israelischen Regierung nach den Anschlägen des 7. Oktober.

Wenn die Bundesregierung wirklich ein Interesse an einem Ende des Blutvergießens in der Region hat, dann sollte sie die israelische Regierung nicht nur an ihre rechtlichen Verpflichtungen erinnern. Vielmehr sollte sie beginnen, Recht durchzusetzen. Durch fortgesetzte Waffenlieferungen und die deutsche Intervention gegenüber dem Internationalen Strafgerichtshof zugunsten Israels wird die Netanjahu-Regierung aber weiter bestärkt, ihre unverhältnismäßige Kriegsführung fortzusetzen und auszuweiten. In Berlin scheint vergessen zu werden, dass der israelischen Regierung längst Waffenstillstandsangebote vorgelegen haben, die zur Befreiung der verbliebenen Geiseln in Gaza hätten führen können.

Hilfe ist unter den Bedingungen des Krieges in Gaza kaum noch möglich. Die Helfer:innen der medico-Partnerorganisationen sind selbst von Verreibungen betroffen, haben Verwandte oder Freundinnen und Freunde verloren, viele auch ihr Zuhause. Sie machen weiter. Trotz allem. Wo Hilfsmaßnahmen noch möglich sind, koordinieren sie diese. Dabei geht es um alles, was gerade noch möglich ist: medizinische Hilfe, Essensverteilungen und psychosoziale Unterstützung, Hilfe für Vertriebene und die Errichtung von Notunterkünften.

Spendenstichwort: Nothilfe Gaza

Gründe, warum Regierungen wie die deutsche endlich den erforderlichen Druck auf Israel ausüben sollten, liegen auf dem Tisch: die massenhafte Tötung von Zivilpersonen in Palästina und Libanon durch israelische Streitkräfte; mehrere laufende Verfahren gegen den Staat Israel wegen des Verdachts, die Genozid-Konvention und die Konvention zur Abschaffung jeder Form von Rassendiskriminierung zu verletzen sowie Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verüben. Deutschland sollte endlich sein ganzes Gewicht einsetzen, um Israel zur Beendigung seiner verbrecherischen Kriegsführung und illegalen Besatzung zu bringen, anstatt es mit Waffen zur Verübung dieser Verbrechen auszurüsten.



Riad Othman arbeitet seit 2016 als Nahostreferent für medico international von Berlin aus. Davor war er medico-Büroleiter für Israel und Palästina.

Räume offenhalten

Für eine Nahost-Debatte jenseits der Staatsräson



Während der Krieg in Gaza ungebremsst weitergeht und sich mittlerweile auf die gesamte Region ausgeweitet hat, führt das Geschehen in Nahost auch in Deutschland zu großen, teils dramatischen politischen Umwälzungen. Dazu zählen auch die Folgen einer obrigkeitstaatlich durchgesetzten Staatsräson, die Kritik an der israelischen Kriegsführung und der nahezu bedingungslosen Unterstützung durch die Bundesregierung wahlweise mit Polizeigewalt oder inflationären Antisemitismusvorwürfen ins Abseits zu drängen versucht. Jüngster Ausdruck dieses Zeitgeistes ist die am 7. November vom Bundestag beschlossene Antisemitismusresolution, die die ehemalige Bundesministerin der Justiz, Herta Däubler-Gmelin, kürzlich auf dem medico-Blog so kritisierte: „In Deutschland eskalieren Debatten zum Nahostkonflikt oft in einseitige Schuldzuweisungen, die zu heftigen Vorwürfen führen ... Wer in die Diskussion um Israels Selbstverteidigungsrecht und seine Verantwortung in der Kriegsführung Aspekte des Völkerrechts einbringt, wird ebenfalls oft fälschlich als Antisemit abgestempelt. Viele entscheiden sich dann, lieber zu schweigen oder sich anzupassen – eine fatale Haltung.“



medico versucht nicht erst seit dem Oktober 2023, dieser Einschränkung von politischen Räumen und demokratischen Rechten etwas entgegenzusetzen. Auf die Gefahr der politischen Instrumentalisierung des Antisemitismusbegriffs unter Rückgriff auf die umstrittene Arbeitsdefinition Antisemitismus der Internationalen Allianz für Holocaustgedenken (IHRA), hat ein von medico und der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Auftrag gegebenes Gutachten bereits 2019 hingewiesen. Die Texte, öffentlichen Veranstaltungen und politischen Gespräche, die über viele Jahre immer wieder auf die desaströse und auch schon vor dem 7. Oktober 2023 völlig unhaltbare Lage vor Ort aufmerksam gemacht haben, sind seit mehr als einem Jahr um zahlreiche Vorträge, entsprechende Medienarbeit und Diskussions- und Gesprächsrunden ergänzt worden.

Von Ulm bis Buxtehude, von Köln bis Frankfurt an der Oder hat medico in größeren und kleineren Veranstaltungen über die Lage in Palästina und Israel informiert. Über die Frage, inwiefern Deutschland sein Interesse an den besonderen Beziehungen zu Israel über geltendes Recht stellt, sprachen wir in Berlin mit Herta Däubler-Gmelin, dem Rechtswissenschaftler und Richter am Kosovo-Sondertribunal Kai Ambos sowie der Wissenschaftlerin Muriel Asseburg (siehe Bild). Diese und viele andere Interventionen trafen auf ein Publikum, das sich diskutierfreudig und dankbar zeigte für die Möglichkeit, jenseits der Denk- und Redeverbote einer dogmatischen Staatsräson über die Realität in Palästina, Israel und auch Deutschland zu sprechen.

medico wird sich auch weiter dafür einsetzen, einen kritischen Blick und Perspektiven von vor Ort in eine Debatte einzubringen, die hierzulande allzu oft faktenfern, polemisch und unlauter geführt wird.

Mitschnitte von medico-Veranstaltungen finden Sie auf unserem YouTube-Kanal



Unendliche Geschichte



Fotos: R. Warr

Kurdische Rückkehrer in einer Übergangssiedlung, Sulaimania, 1992

Seit fast vier Jahrzehnten unterstützt medico die Kurd:innen im Ringen um Selbstbestimmung

Von Anita Starosta

medico ist seit langem eng mit Menschen und Partnerorganisationen in den kurdischen Gebieten des Irak, der Türkei und Syrien verbunden. Diese Beziehungen gehen auf zahlreiche gemeinsame Erfahrungen in der konkreten Hilfe zurück. Dort, wo Not und gewaltsame Verhältnisse es nötig machen, unterstützt medico bis heute. Als deutsche Hilfsorganisation ging es immer um mehr, als nur den Kampf um Demokratie, Selbstbestimmung und Freiheit zu unterstützen. Die Anklage gegen Verantwortliche hierzulande war immer Teil der medico-Arbeit. Ebenso die öffentliche Auseinandersetzung mit Widersprüchen und Schwierigkeiten.

KURDISTAN-IRAK SEIT DEN 1980ern

Das medico-Engagement in Kurdistan begann Mitte der 1980er-Jahre mit der Unterstützung kurdischer Flüchtlinge, die vor den Schergen Saddam Husseins aus dem Irak in den Iran flohen. Als erste deutsche Hilfsorganisation klagte medico damals die genozidale Verfolgung der irakischen Kurd:innen durch das Baath-Regime öffentlich an. Von der Anfal-Operation, einer Auslöschungskampagne, die unzählige verbrannte Dörfer hinterließ und Tausende auf Hungermärsche in Todeslager in der Wüste zwang, wusste damals in Deutschland fast niemand etwas – und viele wollten auch nichts wissen. Am 16. März 1988 warf das Regime dann

Giftgas über der kurdischen Stadt Halabdscha ab. über 5.000 Menschen erstickten qualvoll. Noch heute leiden die Kinder und Enkel der Überlebenden unter den Folgen wie Missbildungen, Hautkrebs oder Leukämie. In der öffentlichen Debatte über Halabdscha machte medico immer wieder darauf aufmerksam, dass das Gas für den Massenmord aus Deutschland kam – drei Jahrzehnte nach Auschwitz exportierten deutsche Firmen die Technologie zur Produktion von Giftgas. An einem Großteil der irakischen Giftgasanlagen waren auch deutsche Firmen direkt beteiligt. Später sollte bekannt werden, dass Deutsche, darunter zahlreiche Mitarbeiter des BND, in den Anlagen an der Weiterentwicklung der SCUD-Raketen und am irakischen Atomprogramm arbeiteten. medico forderte politische und juristische Konsequenzen, vergeblich. Bis heute ist nicht aufgeklärt, was die Bundesregierung davon wusste.

Im August 1988 begann medico, auch die in die Türkei geflohenen irakischen Kurd:innen zu unterstützen. Zwar mussten einige logistische Hürden überwunden werden, aber schließlich gelang es, Hilfsgüter in die selbstorganisierten kurdischen Flüchtlingslager zu liefern. 1991 erhoben sich dann im Zuge des Ersten Golfkriegs die Kurd:innen des Nordirak gegen Saddam Hussein. Das Regime schlug brutal zurück, weitere zwei Millionen Menschen flohen in den Iran und die Türkei. Die Fernsehbilder gingen um die Welt. Wieder leistete medico unmittelbar Not-

hilfe, diesmal im nördlichen Teil des Irak, an der Grenze zur Türkei. Nach Etablierung der Flugverbotszone und dem Rückzug der irakischen Truppen entstand dort die Autonome Region

Kurdistan – eine „Republik der Staatenlosen“: ohne Pass, ohne Luftwaffe, aber mit sich ihr zugehörig fühlenden Menschen und dem unbändigen Willen der Flüchtlinge, zurückzukehren und das Land wieder aufzubauen. Im Sommer 1991 begann medico auch mit Fördermitteln der Bundesregierung Projekte zur Nothilfe und medizinischen Versorgung der Rückkehrer:innen. Wir halfen, zerstörte kurdische Dörfer an der iranisch-irakischen Grenze wiederaufzubauen, und unterstützten die Überlebenden der Anfal-Operation in ihrem Kampf um Anerkennung und der Suche nach ihren verschwundenen Angehörigen.

SÜDOSTTÜRKEI SEIT DEN 1990ern

Zu Beginn der 1990er-Jahre wurden Kurd:innen auch in der Türkei massiv angegriffen. Die Newroz-Feiern 1992 in Nusaybin endeten in einem Blutbad, als Panzer in die Menge fuhren und Soldaten das Feuer eröffneten. Todesschwadronen entführten kurdische Rechtsanwält:innen und Menschenrechtler:innen, sie folterten und warfen ihre Opfer auf Müllkippen ab. Wieder wurden kurdische Dörfer zerstört – diesmal jedoch nicht von Saddam Hussein, sondern durch die Regierung eines NATO-Mitgliedsstaates. Und wieder war deutsche Technologie am Werk, diesmal Waffen und Panzer.

Auch in Deutschland gab es Mitte der 1990er-Jahre Proteste gegen die Verfolgung und Kriminalisierung von Kurd:innen. Als in Frankfurt ein kurdischer Verein verboten und dessen Büroräume geschlossen wurden, kam jener bei medico in der Obermainanlage unter. medico war damals Teil eines zivilen Schutzschildes, der Delegationen in die kurdischen Dörfer entsandte. Hunderte Menschen – Studierende, Aktive aus Solidaritätsgruppen, auch Politiker:innen – fuhren aus Deutschland und Europa zu den verbotenen Newroz-Feiern in der

„Ich stieß im Dezember 1991 zum medico-Team nach Rania, einer Kleinstadt am Rande der Pishder-Region an der iranisch-irakischen Grenze. Damals gab es in Kurdistan-Irak kaum lokale Strukturen und entgegen der sonstigen medico-Praxis wurden auch deutsche Mitarbeiter:innen zur Umsetzung der Nothilfemaßnahmen entsandt. Im Gepäck hatte ich keineswegs eine klare Solidarität, sondern vor allem ein großes Fragezeichen. Denn in Deutschland hatte ich gegen die US-Intervention im Irak demonstriert. Die irakischen Kurden aber warfen der Antikriegsbewegung vor, die Verbrechen des Baath-Regimes zu ignorieren. Für sie war die US-Intervention eine Chance zur Befreiung.“



Karin Mlodoch begleitete für medico in Kurdistan-Irak Programme zum Wiederaufbau. 1996 gründete sie den deutsch-kurdischen Verein Haukari und das Frauenrechtszentrum Khanzad in Sulimania.



Halabja: Rückkehr nach dem Krieg

Türkei, um sie zu unterstützen und zu schützen. Ein Netzwerk der Solidarität und auch ein Akt gegen das amtliche Schweigen in Deutschland zur Verfolgung der Kurd:innen in der Türkei.

In den dortigen Städten entfaltete sich in den folgenden Jahren trotz aller Repressionen das kurdische Leben. Kulturzentren wurden gegründet, politische Ämter erobert. Es gelang, einen Friedensprozess einzuleiten. So waren diese Jahre, bei aller Ungewissheit, auch hoffnungsvolle Zeiten. Zum Jahreswechsel 2015/2016 aber änderte sich das abrupt. Nach dem Scheitern des Friedensprozesses erhob sich die kurdische Jugend und es kam zu Straßenschlachten, Stadtteile wurden mehrere Wochen vom türkischen Militär belagert und weitestge-

hend zerstört. Hunderte Menschen wurden getötet – eine dramatische, monatelange Eskalation. medico bemühte sich in den darauffolgenden Jahren mit der Kampagne „Häuser der Hoffnung“, für Vertriebene aus den Städten neue Zufluchtsorte zu schaffen.

NORDOSTSYRIEN/ROJAVA SEIT 2011

Dass die kurdische Frage immer auch eine Frage der Demokratie ist, zeigte sich auch in Syrien. Mit der syrischen Revolution des Jahres 2011 zerbrach die Hegemonie einer „Republik der Angst“. Inmitten des brutalen Krieges, den das Assad-Regime daraufhin gegen die eigene Bevölkerung entfesselte, öffnete sich den syri-

schen Kurd:innen im Norden des Landes die Möglichkeit der lang ersehnten Autonomie. „Nie wieder zurück in die staatlichen Strukturen, die

vor allem Kurd:innen unterdrückt haben. Ziel ist der Aufbau demokratischer Strukturen – in Abgrenzung vom Assad-Regime, von der Freien Syrischen Armee, dschihadistischen und islamistischen Gruppen, die zerstörerisch und feindselig sind.“ So beschreibt der Politiker Devriş Çimen die Stimmung während der syrischen Revolution 2011, der über das Kurdische Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit Civaka Azad mit medico in Kontakt stand. Dieses Aufbegehren jener, die jahrzehntelang als größte ethnische Minderheit des Landes diskriminiert waren, wurde anfangs vor allem durch den sogenannten Islamischen Staat bedroht. Doch der kurdischen Selbstverteidigung gelang es, Nordostsyrien als eigenständigen politischen Raum zu verteidigen. Hier sollte eine kommunale Demokratie entstehen. Mit hohen Ansprüchen, an denen auch Widersprüche immer wieder zutage treten, ist das „demokratische Projekt“ mit seiner multiethnischen Selbstverwaltung in Rojava zum Vorbild eines künftigen föderalen und freien Gemeinwesens aller Syrer:innen geworden. medico leistet auch hier von Beginn an Beistand: Insbesondere beim Aufbau des Gesundheitssystems und der Versorgung der Flüchtlinge, die hier Zuflucht vor den türkischen Invasionen, Drohnenangriffen und wiederkehrenden Bombardierungen suchen. Auf die massive Zerstörung der zivilen Infrastruktur gibt es mit der Kampagne „Solardarity“ eine ganz praktische Antwort: Dort, wo jetzt Energie fehlt, werden Solaranlagen aufgestellt.

UND HEUTE?

Um die kurdische Frage ist es recht still geworden. Kaum noch einer Schlagzeile wert ist der mal laute, mal leisere, aber fortwährende Krieg der Türkei gegen die kurdische Selbstverwaltung in Rojava. Ende Oktober griff das türkische Militär mit Drohnen, Artilleriebeschuss und Kampfpjets den Nordosten Syriens flächen-

„In den 1990er-Jahren half medico bei der Entsendung von Beobachterdelegationen in die kurdischen Gebiete, leistete Öffentlichkeitsarbeit gegen Folter sowie das Verschwindenlassen von Menschenrechtsverteidiger:innen und thematisierte die Zwangsvertreibung von Millionen Kurd:innen. Das war von unschätzbarem Wert. Nach dem Erdbeben in der Marmara-Region im August 1999 organisierten wir gemeinsam mit medico das ‚Waschsalon-Projekt‘: Durch dieses konnten wir an Betroffene nicht nur Decken und Nahrung verteilen, sondern auch Waschmaschinen – ein Vorbild für weitere Hilfsmaßnahmen. Besonders in Erinnerung geblieben ist mir auch, wie medico jenen, die in Deutschland Asyl suchten, mit Offenheit und Solidarität begegnet ist. Unsere Zusammenarbeit war ein schönes und zugleich wirkungsvolles Beispiel internationaler Solidarität.“



Nazmi Gür ist Politiker und Menschenrechtsverteidiger. Diese Zeilen sendete er aus dem Hochsicherheitsgefängnis Sincan in Ankara, wo er seit 2020 wegen eines Tweets inhaftiert ist.



Blick auf die zerstörte kurdische Stadt Qala Dizeh

deckend an. Der Aufbau eines demokratischen Gemeinwesens wird immer wieder zurückgeworfen. Aber die EU und Deutschland lassen den NATO-Partner gewähren – und damit die einst für ihren Widerstand gegen den IS gefeierten Kurd:innen im Stich. In der Südosttürkei werden in den kurdischen Städten erneut demokratisch gewählte Bürgermeister abgesetzt, die Zivilgesellschaft musste Hilfe und Solidaritätsaktionen nach dem Jahrhundertbeben im Februar 2023 gegen staatliche Repression verteidigen. Die Autonomiebehörde im Nordirak vollzieht die Annäherung an die Türkei, anstatt nach politischen Lösungen mit dem syrisch-kurdischen Nachbarn zu suchen. Zudem schlagen die Klimaveränderungen schon jetzt heftig zu, die Region droht immer mehr auszutrocknen. Doch trotz aller Rückschläge und Widrigkeiten: Es gibt sie noch, die kurdischen Kämpfe um Selbstbehauptung und -bestimmung. Insofern: Es geht weiter, auch für und bei medico.

Anita Starosta ist seit 2017 bei medico für die hier genannten Gebiete zuständig. Für diesen Text griff sie auch auf Material von Martin Glasenapp zurück, der zuvor die medico-Arbeit in dieser Region prägte.

Die Folgen der neuerlichen Angriffe der türkischen Armee auf Rojava gehen vor allem zulasten der Bewohner:innen und Flüchtlinge in der ohnehin stark gebeutelten Region. Auch die Arbeit unserer Partner:innen machen sie immer schwieriger. Die Aufmerksamkeit für die Region schwindet. Dabei ist Solidarität gerade jetzt so wichtig. Jetzt beim Helfen helfen.

Spendenstichwort: Rojava

Raus aus der Ohnmacht

Ein Netzwerk in Zentralamerika streitet für einen politischen Umgang mit Gewalterfahrungen

Von Jana Flörchinger und Julia Manek

Spätestens seit der Niederschlagung des zivilen Aufstands im April 2018 haben der frühere Revolutionär Daniel Ortega und seine Frau, die Vizepräsidentin Rosario Murillo, Nicaragua im Würgegriff. Schätzungsweise 800.000 Menschen sollen seitdem das Land verlassen haben, viele nicht aus freien Stücken, sondern aufgrund von staatlicher Repression. Anfang September erhöhte sich diese Zahl um weitere 135 Menschen, denn nicht zum ersten Mal ordnete das Regime eine Massenabschiebung politischer Gefangener an. Aus dem berüchtigten Gefängnis El Chipote wurden die nun Zwangsexilierten nach Guatemala ausgeflogen. Gleichzeitig wurde ihnen die Staatsbürgerschaft entzogen und ihr Eigentum konfisziert: Ersparnisse, Renten, Grundstücke, alles. Diese Maßnahmen trafen nicht nur die Ausgebürgerten selbst. Auch ihre Angehörigen wurden aus ihren Häusern vertrieben, können ihren Acker nicht mehr bestellen oder verloren die kleine Wohnung, die in der grassierenden Inflation die Rente absichern sollte.

Derartige Politiken der Gewalt zielen seit jeher jenseits ihrer direkten Effekte auch darauf ab, systematisch Gefühle von Ohnmacht, Hilf- und Hoffnungslosigkeit zu erzeugen. Nicaraguaner:innen, deren Namen hier nicht genannt werden können, beschreiben eine Atmosphäre der Einschüchterung, die sich auch bis in die

hintersten Winkel der Gesellschaft ausgebreitet habe. Man treffe sich nur noch im Geheimen, lediglich mit engsten Verwandten und Freund:innen traue man sich, offen zu sprechen. Die Angst, denunziert zu werden, ist allgegenwärtig. Selbst Nicaraguaner:innen im Exil sind vorsichtig, um Angehörige, die noch im Land leben, nicht zu gefährden. Die Repression sät Angst und Misstrauen.

Hilf- und Hoffnungslosigkeit überwinden

In diesem Kontext kann psychosoziale Begleitung helfen. Aktivist:innen und Menschenrechtsverteidiger:innen, die ihr Land verlassen müssen oder intern vertrieben werden, sind häufig isoliert und müssen sich in neuen Kontexten zurechtfinden. Gemeinsam mit Partnerorganisationen in Mexiko, Guatemala und Nicaragua baut medico daher seit zwei Jahren ein transnationales Netzwerk zur psychosozialen Begleitung von Exilierten und intern Vertriebenen auf. Kern des Projektes ist es, „Menschen im Exil und intern Vertriebene zu stärken, damit sie weiter Teil politischer Kämpfe bleiben können“, so Clemencia Correa.

Correa ist Direktorin der mexikanischen Organisation ALUNA, die seit über zehn Jahren psy-



Trotz Übermacht: Selbstbewusster Protest in Nicaragua

chosoziale Unterstützung leistet, auch für Journalist:innen und Menschenrechtsaktivist:innen. ALUNA besitzt darüber hinaus viel Erfahrung in länderübergreifender Zusammenarbeit. Die Idee, sich jetzt in einem gemeinsamen Projekt zusammenzuschließen, lag daher nahe, schließlich begleiten Repression und Bedrohung die Menschen auch im Exil. „Wir sind auf die Kolleg:innen in den anderen Ländern angewiesen und unterstützen gleichzeitig Menschen, die in Mexiko Zuflucht finden“, so Correa.

Die Spirale der Hilf- und Hoffnungslosigkeit zu durchbrechen ist ein wichtiger Schritt, um politische Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen. Obwohl Ohnmacht individuell erlebt wird – also zunächst alle „privat“ betrifft –, ist sie doch eine gemeinsame und teilbare Erfah-

ung. Sie als solche begreifbar zu machen und die ihr zugrunde liegenden Strukturen politisch einzuordnen, ist ein zentrales Moment psychosozialer Arbeit. Auch im Fall der 135 ausgewiesenen Nicaraguaner:innen haben die Organisationen des Netzwerks die Betroffenen und ihre Familien in Guatemala und Nicaragua direkt unterstützt. Gemeinsam wurden Sicherheitsstrategien entwickelt, Alltägliches wie Unterkunft und Verpflegung organisiert und Betreuungsangebote für Exilierte geschaffen. Die Aufarbeitung des Erlebten soll es den Menschen ermöglichen, politisch handlungsfähig zu bleiben. „Es geht darum, die Betroffenen dabei zu unterstützen, Gefühle von Hoffnungslosigkeit und Überforderung im Exil zu bewältigen“, erklärt Correa. Man könne das Trauma aber nicht umfassend bearbeiten, ohne eine klare Haltung zum politischen Kontext einzu-

nehmen, der es ausgelöst hat. Klassische therapeutische Ansätze wie das Neutralitätsgebot helfen da stellenweise nicht weiter: „Es ist erforderlich, dass wir anerkennen, was andere nicht können: dass Nicaragua eine Diktatur ist.“

Lange psychosoziale Geschichte

Die psychosoziale Arbeit zur Aufarbeitung staatlicher Gewalt hat in Lateinamerika eine lange Tradition. Bereits während der Militärdiktaturen und an der Seite der Befreiungsbewegungen in den 1970er- und 1980er-Jahren entstanden erste Initiativen, die sich später professionalisiert haben. Man greife heute auf das zurück, was andere unter extremen Bedingungen erarbeitet haben, um widerständig zu bleiben, erklärt Correa. Extreme Bedingungen – das meint Folter, systematisches Verschwindenlassen, die Zerstörung ganzer Dörfer während der „guerras sucias“, der schmutzigen Kriege in Kolumbien, Guatemala oder während der Diktaturen in Chile und Argentinien. Eigener Schmerz, die Suche nach verschwundenen Genoss:innen und Angehörigen, Trauer um die Opfer: Aus unzähligen Leiderfahrungen formte sich im Zuge psychosozialer Begleitung ein Bewusstsein für die kollektive Dimension der Gewalt.

Ein Beispiel ist die Arbeit von ECAP in Guatemala, eine langjährige Partnerorganisation von medico, die wie ALUNA Teil des Netzwerks ist. Das Equipo de Estudios Comunitarios y Acción Psicosocial hat über Jahre hinweg Überlebende von Folter und Opfer sexualisierter Gewalt während der Diktatur in Guatemala in einem Strafprozess psychosozial begleitet. Die politische Bedeutung dieser Arbeit wurde in einem Fall besonders deutlich. Während des Krieges gegen die Guerilla, vor allem aber gegen die indigene Bevölkerung, haben Militärs in den 1980er-Jahren systematisch indigene

Frauen verschleppt, ihnen sexualisierte Gewalt zugefügt und sie ausgebeutet. Viele Jahre sprach niemand darüber, auch die betroffenen Frauen behielten den Schmerz für sich. Das lag auch daran, dass sie in einer patriarchalen Gemeinschaft als beschützt galten. Nur langsam und nach vielen Gesprächen gewannen einzelne Frauen das Zutrauen, über ihre Erfahrungen massiver sexualisierter Gewalt zu sprechen. Irgendwann teilten 15 Frauen aus dem kleinen Ort Sepur Zarco ihre Erlebnisse mit den Psychologinnen von ECAP. Schließlich traten sie als Zeuginnen gegen ihre Peiniger vor Gericht auf. 2016 wurden zwei ehemalige Militärs zu hohen Haftstrafen wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und sexuellen Missbrauchs, Versklavung und Ermordung der Ehemänner aus Sepur Zarco verurteilt. Es war ein historisches Urteil.

Die Militärdiktaturen des vergangenen Jahrhunderts sind überwunden, die Gewalt autoritärer Regime ist es nicht. In Nicaragua konsolidiert sich die dynastische Diktatur unter Daniel Ortega, auch Guatemala ist nur knapp einem „technischen Putsch“ der korrupten Elite entkommen. Auch in Mexiko verzeichnen Menschenrechtsorganisationen einen dramatischen Anstieg der Bedrohung von Aktivist:innen und indigener Gemeinden. Die psychosoziale Begleitung der medico-Partnerorganisationen kann in dieser Lage der Vereinzelung entgegenwirken und die Handlungsfähigkeit der Kollektive stärken.

Spendenstichwort: Psychosoziale Arbeit



Jana Flörchinger (rechts im Bild) ist bei medico für die Kooperationen in Zentralamerika und Mexiko zuständig. Julia Manek ist Referentin für psychosoziale Arbeit in der Öffentlichkeitsarbeit.



Usche Merk: eine besondere Kollegin

FIT FÜR DIE RENTE

Die psychosoziale Arbeit von medico hat nicht nur eine jahrzehntelange Geschichte, sondern auch ein Gesicht. Nun aber ist es so weit: Usche Merk, unsere Kollegin aus der Kooperationsabteilung, geht nach 35 medico-Jahren in den Ruhestand. Sie verantwortete und prägte maßgeblich den Bereich der psychosozialen Arbeit sowie die Projektarbeit in Südafrika, wo sie zuvor schon mehrere Jahre in der gemeindeorientierten Friedens- und Entwicklungsarbeit gearbeitet hatte – immer eng verwoben mit dem „Struggle“, dem Kampf gegen das Apartheidregime.

Über die Jahrzehnte hat Usche aktivistische Netzwerke mitgeschaffen und Menschen wie Partnerorganisationen vor allem darin unterstützt, sich bei ihrem Kampf gegen große und kleine Missstände nicht ohnmächtig und vereinzelt zu fühlen. Sie machte sich für emanzipatorische Sorgebeziehungen stark, machte die – überwiegend von Frauen geleistete – Care-Arbeit sichtbar, würdigte sie in ihrer Bedeutung als widerständige Praktik und stritt für ihre rechtliche Anerkennung wider die Ausbeutung. Die Geschichte von mehr als 8.000 Gemeindegesundheitsarbeiter:innen zeigt, dass sich dieser Einsatz lohnen kann: 2020, nach langem Kampf und unter Bedingungen der Pandemie, gelang es ihnen in der südafrikanischen Provinz Gauteng mit Unterstützung der medico-Partner:innen, eine Festanstellung durch den südafrikanischen Staat zu erkämpfen.

Die von Usche geprägte psychosoziale Arbeit bei medico hatte immer einen klaren politischen Kompass: In einer gestörten Welt muss eine politische psychosoziale Arbeit scheinbar individuelles Leid als gesellschaftliche Erfahrung wahrnehmbar machen. Nicht zuletzt richtete sich ihre Kritik auch gegen die neoliberale Mainstream-Psychologie. So hat Usche bei medico die Debatte um den Begriff der Resilienz unter dem Titel „Fit für die Katastrophe“ wesentlich mitgeprägt. Obgleich der Wissenstransfer an die jüngeren Kolleg:innen Usche immer ein wichtiges Anliegen gewesen ist, wird es eine Herausforderung, ihre Arbeit ungebrochen fortzusetzen. Vermissen werden wir sie umso mehr, nicht zuletzt als Autorin des rundschreibens.

„About Apartheid“: In Folge 21 des medico-Podcasts rekapituliert Usche Merk ihre Erfahrungen in der Südafrika-Solidarität. medico.de/podcast

No Future?



In Pakistan hat der Klimawandel teils apokalyptische Folgen.

Warum die Klimakrise in Pakistan auch eine Frage der Gerechtigkeit ist

Von Karin Zennig

„Klimagerechtigkeit ist für uns kein Zustand, sondern ein andauernder Kampf gegen Strukturen, die Ungerechtigkeit erzeugen.“ So sagt es Mir Keerio, Mitarbeiter der sozialmedizinischen Hilfs- und Entwicklungsorganisation HANDS in Pakistan. Wie mühsam und frustrierend dieser Kampf sein kann, zeigt das Dorf Quadirkot im Norden der Provinz Sindh. Es liegt fast 100 Kilometer entfernt von Sukkur, einem der größten Staudämme zur Regulierung des Indus, der mit einem weitverzweigten Kanal- und Bewässerungssystem von der ehemaligen britischen Kolonialmacht errichtet wurde. Während die Ländereien am Anfang der Kanäle damals an die dem Regime wohlgesonnenen Großgrundbesitzer und Militärs verteilt wurden, liegt Quadirkot am Ende eines solchen Kanals. Noch heute sind die Menschen, die hier leben, arm. Sie besitzen nur kleinste, wenig fruchtbare Parzellen oder sind landlos und leben in Abhängigkeit.

Vier Jahre lang ist mit medico-Unterstützung in Quadirkot und Umgebung eine dezentrale Gesundheitsversorgung aufgebaut worden. Getreidesilos sollten die Bauernfamilien vor schwankenden und durch Großbauern dominierten Marktpreisen schützen, eigene Samenbanken sie unabhängiger von teuren manipulierten Produkten der Saatgutkonzerne machen. Doch dann, im Jahr 2022, gingen die Hoffnungen auf eine bessere Zukunft in einer Überflutung ungekannten Ausmaßes unter. Überschwemmungen verwandelten beinahe die

ganze Provinz in einen gigantischen See. Heute, zwei Jahre später, sind die Schäden noch immer unübersehbar. Den meisten Häusern in Quadirkot fehlen Wände, die Schule ist einsturzgefährdet. Auch die Silos haben die drei Monate im Wasser nicht überstanden, das Saatgut verdarb. Noch immer ist der Boden von einer Salzkruste bedeckt. Weil Nährstoffe ausgespült wurden und die Fluten stattdessen Schadstoffe und Chemikalien übers Land verteilten, haben sich Qualität und Ertrag der Ernten drastisch reduziert. Immerhin: Die mit der Dorfgemeinschaft erarbeiteten Pläne für Katastrophenschutz und Prävention haben in Quadirkot zur Pflasterung des Dorfzugangs geführt und 2022 die Evakuierung aller Bewohner:innen ermöglicht.

Neben Quadirkot hat es Tausende andere Dörfer getroffen. Die bislang größte durch die Klimakrise hervorgerufene Katastrophe hat sie um Jahrzehnte zurückgeworfen. Schon jetzt haben unzählige Familien ihre mühsam errungene Souveränität gegenüber Großgrundbesitzern eingebüßt: Kleinbauern und Landlose stehen wieder in direkter Schuldknechtschaft. Allein in diesem Jahr wurden in der Provinz Sindh über 1.500 Menschen aus den Privatgefängnissen von Großgrundbesitzern befreit, wo sie als Unterpfand für ausstehende Zahlungen eingekerkert waren. Die Anzahl der Menschen unter der Armutsgrenze ist von 55 auf 75 Millionen gestiegen. Ein neuerlicher Wiederaufbau, so sagt es Mir Keerio, wird dauern. Das von der Provinzre-

gierung versprochene Hausbauprogramm hat Quadirkot bis heute nicht erreicht. Nicht nur den Einzelnen fehlen die Mittel, die Schäden zu beheben, sie fehlen der Gesellschaft als Ganzer.

Wie in einem Brennglas wird in Pakistan die zerstörerische Wucht der Klimaveränderung deutlich. In den letzten zehn Jahren hat das Land fast jährlich unter den Auswirkungen von Extremwettern zu leiden. Laut Weltrisikobericht des „Bündnis Entwicklung Hilft“ ist das Land eine Zone des permanenten Ausnahmezustands – eine Katastrophenzone. Gleichzeitig gehört Pakistan zu den Ländern, die die Schäden am schlechtesten bewältigen können. Für die Menschen in Quadirkot bedeutet das, dass sie nicht mehr nur der historischen Ungerechtigkeit der Landverteilung und der Willkür der Großgrundbesitzer, sondern auch den Folgen ungehemmten CO₂-Ausstoßes und Umweltzerstörung von weltweiten Unterneh-

men und Industrienationen ausgesetzt sind. Ging es einst um eine bessere Zukunft, stehen viele Dörfer jetzt vor der Frage, ob sie überhaupt eine Zukunft haben, fasst es Mir Keerio zusammen. „Natürlich setzt Klimagerechtigkeit nicht alles auf null, aber sie ist die Voraussetzung dafür, dass Entwicklung auch für Menschen wie in Quadirkot möglich ist.“

Handlungsfähig werden

Nach der Flutkatastrophe 2022 flossen zwar internationale Hilfsgelder nach Pakistan – zu großen Teilen aber als Kredite. Auch das lässt sich verallgemeinern: Nach dem Bericht über Klimafinanzierung der Weltklimakonferenz werden ab 2030 jedes Jahr weltweit Schäden in Höhe von 2,4 Billionen US-Dollar aufgrund der Klimakrise entstehen. Die geplante Finanzierung durch Fonds für Verluste, Schäden und



Wenn Wasser keine Selbstverständlichkeit ist: Alltag in Pakistan

Klimaanpassung deckt bisher weniger als 1 Prozent davon. Und der klimabedingte Veränderungsprozess steht erst am Anfang. Bis 2050 wird für Pakistan in Folge von Überschwemmungen, Extremhitze und Luftverschmutzung mit einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 20 Prozent gerechnet.

Die bittere Gegenwart und noch düstere Aussichten lassen viele erstarren. Deshalb konzentrieren sich die medico-Partnerorganisationen in Pakistan neben dem Aufbau praktischer Resilienz auch auf den Kampf gegen die Schicksalsergebenheit. Um den Kampf für Gerechtigkeit zu führen, müsse sich etwas im Kopf verändern, betont Nasir Mansoor von der nationalen Gewerkschaftsföderation NTUF, die seit Jahren auch die Organisation von Kleinbauern und Landlosen unterstützt. „Wenn wir schon im Kleinen nicht handlungsfähig sind, unsere Rechte nicht kennen, uns von Großgrund- oder Fabrikbesitzern anschreien lassen, wie sollen wir es da mit internationalen Playern aufnehmen, die hauptverantwortlich für die Klimakrise sind?“ Der Ansatz der medico-Partner:innen: Mit dem Aufbau demokratischer Strukturen soll das Wissen über gesellschaftliche Zusammenhänge gestärkt und Erfahrungen von Selbstermächtigung und Selbstwirksamkeit ermöglicht werden. Der Kampf um Klimagerechtigkeit beginnt hier im Kleinen. Das Bewusstsein vom Recht auf die eigene Zukunft und die Vorstellung von der Veränderbarkeit der Verhältnisse schafft die Voraussetzungen für die noch zu führenden Konflikte. Etwas, das bleiben wird, auch über die Zerstörungen kommender Katastrophen hinweg.

Das gilt für Länder wie Pakistan – in viel höherem Maße aber für die Länder, die die Klimakrise zu verantworten haben. Schließlich wird hier darüber entschieden, ob es einen Schuldenschnitt, ein Ende der Finanzierung fossiler Industrien oder eine rechtsverbindliche Über-

medico unterstützt klimapolitische Initiativen aus Afrika, Asien, Europa und Lateinamerika, die alle die Frage stellen, wer für die Zerstörung der Welt eigentlich Schuld und Verantwortung zu tragen hat – „wer eigentlich wem was schuldet“. Unsere Partner:innen fordern einen radikalen Schuldenschnitt, organisieren den tagtäglichen Kampf um lokale Ernährungssouveränität und streiten für die Anerkennung der ökologischen Schuld durch den globalen Norden.

Spendenstichwort: Klimagerechtigkeit

nahme der Verantwortung für Schäden nach dem Verursacherprinzip gibt. Doch auch das wird höchstens die Folgen der Katastrophe mindern, in die Pakistan und mit ihm die Welt schlittert, verhindern wird es sie nicht. „Einen wirklichen Raum für Entwicklung wird es nur geben können, wenn sich auch die Zerstörung nicht fortsetzt“, kommentiert Mir Keerio. Dafür braucht es einen Wandel des kapitalistischen Entwicklungsmodells als solchem, das auf der Vernutzung der Welt basiert und dem globalen Süden die Entwicklungslast der Industrienationen aufbürdet. Vielleicht ist der Satz des pakistanischen Kollegen, dass Klimagerechtigkeit ohne einen Kampf gegen Unrecht erzeugende Strukturen nicht möglich ist, eine wichtige Erinnerung: Noch ist Handeln möglich.



Karin Zennig ist Referentin für Klimagerechtigkeit und demnächst wieder in Pakistan, um die Arbeit unserer Partnerorganisationen zu begleiten.

Feste Beziehungen

Ein Interview über Kooperationen und Partnerorientierung



Sabine Eckart (rechts im Bild) ist bei medico für Kooperationen in Afrika und die Vernetzung mit europäischen Akteur:innen zuständig, Karoline Schaefer für Kooperationen im Bereich Kritische (Not-)Hilfe und in der Ukraine. Beide gehören dem Leitungsteam der Abteilung für transnationale Kooperationen an.

Auf der Webseite von medico kann man die Grundsätze eurer Arbeit nachlesen. Als wichtiges Prinzip wird da die „Partnerorientierung“ genannt. Was meint das genau und warum ist es so wichtig?

Sabine Eckart (SE): Die Partnerorientierung ist Teil der medico-DNA. Dabei hatte medico Ende der 1960er-Jahre selbst als interventionistische Organisation angefangen. Damals wurden Medikamente und Altkleider nach Biafra geschickt, medizinische Teams von medico sind in Krisen-

gebiete nach Peru und Indien gereist. Im Gegensatz zu den meisten anderen hat medico aber sehr schnell verstanden, dass diese Art der Entsende-Hilfe nicht nachhaltig ist und Abhängigkeiten nur verlängert. Deshalb geht es seit den 1970er-Jahren bei medico vor allem darum, Beziehungen zu emanzipatorischen Kräften zu knüpfen und diese in ihrer konkreten Arbeit und ihren Kämpfen zu unterstützen. Im deutschen, aber auch im internationalen Kontext war medico damit auf jeden Fall Vorreiter.

Wie kann partnerorientierte Hilfe denn Veränderungen bewirken?

SE: Im Idealfall ermächtigt und befähigt sie die lokalen Akteure, Strukturen aufzubauen oder Kapazitäten zu bilden, die unabhängig von der Hilfe fortbestehen.

Karoline Schaefer (KS): Partnerschaft meint bei uns immer mehr als die finanzielle Förderung von zeitlich begrenzten Projekten. Wir gehen „politische Partnerschaften“ ein. Was uns und unsere Partner:innen verbindet, sind nicht nur die konkreten Projekte, sondern geteilte politische Ideale und Ziele im Kampf um die Geltendmachung von Menschenrechten oder für das Recht auf Hilfe. Auf dieser Basis unterstützen wir die politischen Kämpfe unserer Partner:innen. Im Laufe der Zeit sind so viele vertrauens-

volle und langfristige Beziehungen entstanden, die eine solidarische Zusammenarbeit auch unabhängig von Aufmerksamkeitskonjunkturen und staatlichen Interessen ermöglichen. Und gleichzeitig sind sie die Basis dafür, auch in akuten Notfällen schnell und wirksam dort zu unterstützen wo Hilfe wirklich benötigt wird.

Kannst du ein Beispiel nennen?

KS: Als Anfang 2023 die Erdbeben in der Südosttürkei und im Norden Syriens massive Zerstörungen verursachten, haben unsere Partner:innen auch und gerade dort Nothilfe geleistet, wo staatliche und internationale Hilfe spät oder gar nicht ankam. Das war möglich, weil wir mit diesen lokalen Organisationen seit vielen Jahren kooperieren.

SE: Natürlich verändert sich unsere Kooperationsarbeit mit den sich verändernden Weltverhältnissen. Zum Beispiel hat medico vor knapp zwanzig Jahren entschieden, sich stärker mit Migration auseinanderzusetzen. In diesem Zuge sind entlang der Außengrenzen der EU neue Partnerschaften entstanden. Das ist insofern neu, da wir seitdem auch mit Partner:innen im geografischen Norden kooperieren. Bei medico sind die Kooperationen, anders als bei vielen anderen Organisationen, eng mit unserer Öffentlichkeitsarbeit verschränkt. Wir stehen in regelmäßigem Austausch mit unseren Partner:innen. Sie berichten uns über aktuelle Entwicklungen und ermöglichen es uns, uns auf Dienstreisen selbst ein Bild ihrer Realität zu machen. Dass und was wir als medico zum Beispiel aktuell über die Situation in Gaza und in der Westbank berichten, wäre ohne unseren Partneransatz kaum möglich.

Auch wenn es solidarische Partnerschaften sind: Es gibt darin eine Geber- und eine Nehmerseite. medico hat das Geld und entscheidet darüber, wer es bekommt.

KS: Das stimmt, wenn man in postkolonialen Weltverhältnissen und kolonialen Kontinuitäten als westliche Geberorganisation arbeitet, gibt es immer ein Machtgefälle, egal, wie solidarisch oder politisch nah man sich ist. Was wir aber immer wieder tun, ist, unsere Rolle als Geber und die darin eingelassenen Abhängigkeiten und Interessen so selbstkritisch wie möglich zu reflektieren. Dafür ist es übrigens wichtig zu wissen, dass wir mit einer Vielfalt von unterschiedlichen Partner:innen zusammenarbeiten.

Kannst du das Spektrum kurz beschreiben?

KS: Auf der einen Seite gibt es große, sehr professionalisierte Organisationen; auf der anderen Seite stehen Zusammenhänge, die über wenig feste Strukturen verfügen – seien es soziale Bewegungen, aktivistische Initiativen oder eher lose transnationale Netzwerke.

Dass und was wir als medico zum Beispiel aktuell über die Situation in Gaza berichten, wäre ohne unseren Partneransatz kaum möglich.

Bei diesen gilt es besonders aufmerksam dafür zu sein, was wir als geldgebende Organisation bewirken und auch anrichten können. Führt die Förderung zu Hierarchien, die es vorher nicht gab? Überfordern administrative Anforderungen die Partner:innen oder befördern sie umgekehrt eine „NGOisierung“? Im Hilfssektor gibt es unzählige Beispiele, wie die Finanzierung durch Geberorganisationen zu einer ungewollten Institutionalisierung von politischen Initiativen und lokalen Strukturen geführt hat.

SE: Das Dilemma ist, dass der Bedarf immer und überall grenzenlos ist, die Mittel aber begrenzt sind. Um das aber noch einmal zu betonen: Es ist eine Besonderheit von medico, dass wir auch Zusammenhänge unterstützen, die keine klare Organisationsstruktur haben und in der Durchführung von Projekten unerfahren sind. Die meisten anderen Geber winken da ab. medico kommt dabei oft eine Art Scharnierfunktion zu: Durch die Kooperation mit uns eignen sich Partnerorganisationen Expertise an, etwa in Finanz- und Dokumentationsfragen. Das führt dazu, dass sie sich mit besseren Aussichten auch an andere Finanzierungsquellen wenden und damit unabhängiger werden können – auch von uns.

Ist das auch der Grund, warum medico einige Partner:innen nicht im Rahmen von Projekten, sondern „institutionell“ fördert?

SE: Es gibt viele Gründe, die vorherrschende Praxis der Projektförderung kritisch zu sehen. Ein Problem ist, dass sie immer nur einen Ausschnitt des Handelns einer Organisation adressiert – und oft eher den, der die geldgebende Organisation interessiert. Diese sagt: „Wenn ihr dieses Projekt oder jenen Workshop umsetzt, finanzieren wir das.“ Das hat weder etwas mit Partnerschaft auf Augenhöhe zu tun noch mit dem, was vor Ort vonnöten ist.

KS: Mit einer reinen Projektförderung ist es fast nicht möglich, Strukturen aufzubauen und zu erhalten. Mit einer institutionellen Förderung finanzieren wir das, was eine Organisation braucht, um langfristig arbeiten zu können – Büroräume, Gehälter und viele andere laufenden Kosten. Das trägt zu ihrer Stabilität und Autonomie bei und ermöglicht ihnen zudem, langfristig zu planen und politische Strategien weiterzuentwickeln.

Vorhin war schon von den sich verändernden

Weltverhältnissen die Rede: Kriege und Krisen eskalieren, weltweit zieht ein neuer Autoritarismus herauf. Wie wirkt sich das auf die Kooperationen von medico aus?

KS: Ganz neu ist das nicht, immer schon haben medico-Partner:innen unter widrigsten Bedingungen in bedrohlichen und repressiven Kon-

Mehrere medico-Partnerorganisationen mussten ins Exil flüchten, sei es aus Syrien, Afghanistan oder Nicaragua. Wir unterstützen sie dabei, ihre Arbeit aus der Diaspora weiterzuführen.

texten gearbeitet. Allerdings hat sich die Lage tatsächlich vielerorts verschärft. Mehrere unserer Partnerorganisationen mussten ins Exil flüchten, sei es aus Syrien, Afghanistan oder Nicaragua. Wir unterstützen sie auch dabei, ihre Arbeit aus der Diaspora weiterzuführen. Das stellt sowohl sie als auch uns vor neue Herausforderungen. Ein Erstarken des Autoritarismus merken wir auch daran, dass wir zunehmend Gelder dafür aufwenden, dass Partner:innen ihre Arbeit überhaupt fortsetzen können. Mal geht es um juristischen Beistand, mal um Sicherheitstrainings oder Investitionen in digitale Sicherheit. Auch die Finanzierung von psychosozialer Unterstützung der Partner:innen gewinnt in repressiven Kontexten immer mehr an Bedeutung.

Gibt es darin auch eine politische Strategie?

KS: In meinen Augen ist der Kampf gegen die Vereinzelung am wichtigsten. Deswegen bringen wir Partner:innen, die in ähnlichen Situationen arbeiten, zusammen. So haben wir bei-

spielsweise im vergangenen Jahr Menschenrechtsaktivist:innen aus aller Welt zu einem Workshop nach Berlin eingeladen. Alle sind mehr oder minder stark von Repressionen betroffen. Auf dem Workshop teilten sie nicht nur ihre Erfahrungen, sondern tauschten sich auch über psychosoziale Praktiken und politische Gegenstrategien aus.

SE: Viele Partner:innen haben im Umgang mit rechten Regierungen und Autoritarismus auch uns gegenüber einen deutlichen Vorsprung. Sie sind schon lange und viel heftiger damit konfrontiert. Von ihren Erfahrungen können wir profitieren.

Noch einmal zurück zum Anfang. Seit einigen Jahren geistert der Ruf nach „Lokalisierung“ durch die Debatten: Humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit sollen stärker „lokal verankert“ werden. Fordert medico nicht genau das seit langem?

SE: Tatsächlich hat sich etwas verändert: Früher war es den meisten europäischen NGOs wichtig, ihre Projekte selbst durchzuführen und die eigenen Strukturen zu finanzieren. Inzwischen sprechen viele davon, Ressourcen und Verantwortung an lokale Akteure zu übertragen. Sie tun das aber aus anderen Gründen als wir. Lokale Partner:innen sollen es dann richten, wenn es kostengünstiger ist oder wenn die Kontexte zu gefährlich erscheinen, um internationale Kräfte zu entsenden. Das sind administrative Motive, keine politischen. Mit einem partnerschaftlichen Ansatz, wie medico ihn vertritt, hat das nichts zu tun. Wenn wir partnerschaftlich sagen, meinen wir es ernst.

KS: Lokalisierung wird schon lange von Organisationen aus dem globalen Süden gefordert. Diese Forderungen wurden in den letzten Jahren schließlich auch von der internationalen Gebergemeinschaft aufgegriffen und immer

wieder als Leitziel definiert. Ein Beispiel dafür ist der sogenannte Grand-Bargain-Prozess, unter dem seit 2016 zwischen Regierungen, internationalen Organisationen und NGOs darüber verhandelt wird, wie humanitäre Hilfe wirksamer werden kann. Niemand soll sich Sorgen machen, Steuergelder würden nicht effizient, sicher und risikoarm eingesetzt. Tatsächlich scheut die Bundesregierung aber davor zurück, wirklich zu lokalisieren. Das würde nämlich heißen, dass sie den Zugang zu Entscheidungsstrukturen verändert oder die Arbeit lokaler Organisationen im Ausland direkt fördert, ohne zwischengeschaltete NGOs. Das ist politisch aber nicht gewollt.

Dann hat sich eigentlich nicht viel verändert ?

SE: Etwas schon. Weil ja eben lokalisiert werden soll, gründen manche NGOs in den Fällen, in denen es attraktiv ist, in dem jeweiligen Land Satelliten-Organisationen. Letztlich sind es Filialen hiesiger NGOs. Diese gelten dann als lokale Partner, an die die Gelder gehen und die die Projekte abwickeln sollen.

KS: In der Ukraine ist das im großen Stil passiert. Seit 2022 ist viel Geld für humanitäre Hilfe und sogar den Wiederaufbau ins Land geflossen. Viele Mittel gehen dabei aber in die Finanzierung lokaler Büros von deutschen und internationalen Organisationen, die aufgemacht wurden, um Hilfgelder zu verwalten. Gleichzeitig haben wir auf unseren letzten Dienstreisen in der Ukraine immer wieder gehört, dass von diesen Geldern bei den kleineren, weniger professionalisierten lokalen Strukturen kaum noch etwas ankommt. Dabei sind sie es oft, die die schnelle Hilfe von unten organisieren.

Das Interview führte Christian Sälzer.

Projekte Projekti- onen

Vorsorge von unten

Agrar-Kooperativen und Ernährungssouveränität in Sri Lanka



Selbstorganisation: In Sri Lanka bauen Kooperativen gemeinschaftlich Gemüse an und sichern so die eigene Versorgung mit gesunden Nahrungsmitteln.

Über 50 Länder der Welt stehen aktuell kurz vor dem Staatsbankrott. Viele davon stecken in schweren Wirtschaftskrisen und sind oftmals zeitgleich mit Klimaveränderungen konfrontiert. Sri Lanka ist eines dieser Länder. Angesichts der Unsicherheiten unterstützt medico die sri-lankische „Bewegung für eine nationale Land- und Agrarreform“ und deren Aufbau solidarischer Agrar-Kooperativen. In diesen bewirtschaften mehrere Dörfer gemeinsam die Felder. Die Erträge sorgen nicht nur für eine gesunde Ernährung, sie sichern auch ein rudimentäres Einkommen. Auch in der Öko-Kooperative Uyirmai im tamilischen Norden Sri Lankas werden Formen nachhaltiger Landwirtschaft erprobt, Wissen an Fachhochschulen und in bäuerlichen Nachbarschaften weitergegeben. All das ist auch eine Form der „Klima- und Krisenanpassung“, solidarisch und von unten. medico unterstützt die vielen Initiativen mit Spendenmitteln.

Spendenstichwort: Klimagerechtigkeit

Ya basta – noch immer

Mexiko: Die Rechte indigener
Gemeinden verteidigen

Vor 30 Jahren war Chiapas, der südlichste Bundestaat Mexikos, in aller Linker Munde: 1994 begann hier der Aufstand der zapatistischen Befreiungsarmee EZLN. Der Widerstand gegen koloniale Landnahme und kapitalistische Ausbeutung unter der Parole „Ya basta!“ („Es reicht!“) wurde zum Bezugspunkt internationaler Solidarität. Lang ist es her. Zwar gibt es die zapatistische Bewegung noch, an der Entrechtung der indigenen Bevölkerung aber hat sich wenig geändert. Im Gegenteil: Die Gewalt gegen sie hat in den vergangenen Jahren sogar dramatisch zugenommen. Mal wird sie vom allgegenwärtigen Militär verübt, mal von konkurrierenden Kartellen, die teilweise mit Rückendeckung lokaler Parteien um die Kontrolle von Handels- und Migrationsrouten kämpfen. Zudem zerstören Extraktivismusprojekte und Landraub die Lebensgrundlagen der Gemeinden. Ihr Widerstand wird von der medico-Partnerorganisation Fray Bartolomé de las Casas unterstützt. Das Menschenrechtszentrum begleitet die Selbstorganisation, unterstützt Vertriebene, dokumentiert Menschenrechtsverletzungen und leistet juristischen Beistand.

Spendenstichwort: Lateinamerika

Verschollen

Senegal: Karawane für Opfer der
EU-Migrationspolitik

Die EU hat ihre Migrationsabwehr inzwischen so weit „vorverlagert“, dass das an der Westspitze Afrikas gelegene Senegal zum wichtigen Transitland geworden ist. Mit oft einfachsten Schiffen und Booten machen sich Menschen von hier auf den Weg nach Europa – bzw. zu den zu Spanien gehörenden Kanarischen Inseln weit draußen im Atlantik. Die bis zu 2.000 Kilometer lange Überfahrt ist hochriskant, die Patrouillen der spanischen Guardia Civil und der EU-Grenzagentur Frontex an Senegals Küsten machen sie nicht weniger gefährlich. Die medico-Partnerorganisation Boza Fii, gegründet von zurückgekehrten Migrant:innen und Menschenrechtsaktivist:innen, organisiert jährlich eine zehntägige Karawane für Angehörige derjenigen, deren Spuren sich verloren haben. Gemeinsam besuchen sie Stationen entlang der Migrationsrouten auf der Suche nach Informationen über den Verbleib der vermissten Menschen oder nach Gewissheit über ihren Verlust. Es geht um Beistand, aber auch darum, die Tragödien, die die EU-Migrationspolitik verursacht, öffentlich zu machen.

Spendenstichwort: Flucht und Migration

Nicht vergessen

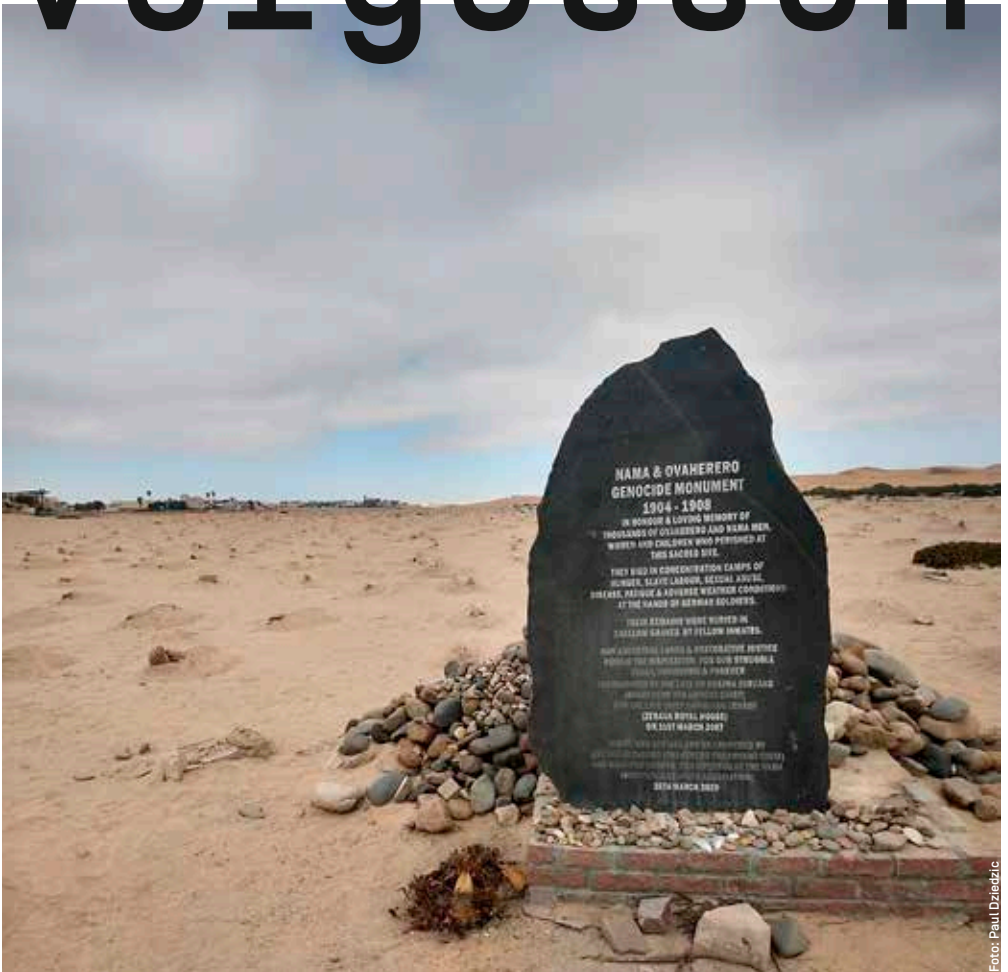


Foto: Paul Dziedzic

Ein Massengrab in Swakopmund. Den Gedenkstein stellten Aktivist:innen vor einigen Jahren auf.

Nama und Herero kämpfen um Gerechtigkeit und Reparationen. Eine Reportage aus Namibia

Von Hanno Hauenstein

In Lüderitz' einzigem Museum sitzt eine ältere Frau an einem geschliffenen, braunen Holztisch. In ihrer Rechten hält sie einen Kugelschreiber, vor ihr liegt ein Magazin, sie löst Kreuzworträtsel. Ihre Haut ist blass, die Haare schimmern in sanftem Weiß. Nur das leise Rauschen eines Radios dringt in den Hauptraum des Museums. Aufgeteilt ist es in die Bereiche Kolonialzeit, Diamantenindustrie, Pflanzen und Tiere. Einige Exponate sind Zeugnisse einer Zeit, die hier in einem sagenhaft unkritischen Licht erscheinen: Kaiserreich-Flaggen, Kriegsorden der sogenannten Schutztruppen, Waffen deutscher Kolonialsoldaten.

Auch Gegenstände, die einst einheimischen Herero gehört haben, sind hier zu sehen, etwa Perlen oder traditionelle Gürtel, die – wie die Inschriften angeben – auf der sogenannten Haifischinsel gefunden wurden. Diese befindet sich im Hafenbecken von Lüderitz, einen Steinwurf vom Museum entfernt. Die deutsche Kolonialmacht errichtete dort zu Beginn des 20. Jahrhunderts ein Konzentrationslager. In diesem wurden einheimische Frauen gezwungen, Haut von den Leichen der Schädel ihrer Angehörigen abzuschaben, damit diese zu archäologischen Zwecken nach Deutschland verfrachtet werden konnten. Hiervon erfährt man in dem Museum jedoch nichts. Es liegt an einer merkwürdigen Schnittstelle zwischen Glorifizierung und Verschleierung deutscher Geschichte.

Ein Staatsdeal um Versöhnung

Im Zuge ihres Kolonialfeldzuges Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts im damaligen „Deutsch-Südwestafrika“ drängten deutsche Siedler indigene Volksgruppen gewaltsam von ihrem Land. Als zwei dieser Gruppen, die Herero (auch Ovaherero genannt) und Nama, sich gegen die Vertreibungspolitik der Deutschen zur Wehr setzten, reagierte die Kolonialgarde mit systematischer Tötung, Versklavung und Zwangsarbeit. Die Massaker zwischen 1904 und 1908, bei denen die beiden Gruppen fast ausgelöscht wurden, ist weithin als erster Völkermord des 20. Jahrhunderts bekannt. Dessen offizielle Anerkennung ist allerdings bis heute Gegenstand heftiger Kämpfe. Erst im Mai 2021, drei Jahre nachdem die deutsche Regierung um Entschuldigung für die Massaker an den indigenen Gruppen gebeten hatte, kündigte sie einen Fahrplan zur Bewältigung der Tragödie an – ein sogenanntes Versöhnungsabkommen. Diesem zufolge soll Namibia 1,1 Milliarden Euro „Wiederaufbauhilfe“ erhalten, 50 Millionen Euro davon sollen für Forschungs-, Erinnerungs- und Versöhnungsprojekte aufgewendet werden.

Diverse Nachkommen der vom Genozid betroffenen Gemeinschaften sehen in dem Deal jedoch einen Verrat. In der Hauptstadt Windhoek brachen nach seiner Verkündung sogar Proteste aus. Die Kritik: Der Deal sei von Deutschland diktiert. Und: Die namibische Regierung habe

ihn zu leichtfertig angenommen, ohne Abstimmung mit den Betroffenen. „Die Projekte muss man mit den betroffenen Völkern verhandeln und nicht mit dieser korrupten namibischen Regierung“, kommentierte der in Deutschland lebende Herero-Aktivist Israel Kaunatjike bereits 2021. Auch Sima Luipert, Beraterin der Nama Traditional Leaders Association (NTLA), kritisiert, dass anerkannte Nama- und Herero-Mitglieder nicht mit am Verhandlungstisch saßen. Zudem sei in dem Abkommen nicht von einer bedingungslosen Anerkennung des Völkermords durch Deutschland die Rede, sondern nur von einem Genozid „aus heutiger Perspektive“. Mit dieser verkürzten Erklärung, so Luipert, versuche sich Deutschland von der Schuld der kolonialen Verbrechen reinzuwaschen.

In den letzten drei Jahren verschärfte sich die Debatte. Anfang 2023 reichten Anwält:innen, die die Nachkommen vertreten, darunter der

namibische Politiker Bernadus Swartboo, eine Klage gegen namibische Behörden beim Obersten Gerichtshof in Windhoek ein. Sie forderten das Gericht auf, das Abkommen für ungültig zu erklären. Am 12. Oktober dieses Jahres setzte das Oberste Gericht Namibias die Anhörungen fort. Ein Urteil steht jedoch bislang aus. Es könnte Deutschlands Bemühungen, sich zu entlasten, einen Strich durch die Rechnung machen, indem es die namibische Regierung daran hindert, die Gelder anzunehmen. Die Lage verkomplizierte sich weiter, als Deutschland im Kontext der Völkermordklage Südafrikas gegen Israel vor dem Internationalen Gerichtshof wegen dessen andauernder Militärkampagne gegen Gaza Stellung bezog – an der Seite Israels. In Windhoek rief dies scharfe Kritik der Regierung hervor. Namibische Vertreter verwiesen dabei ausdrücklich auf Deutschlands Völkermord im heutigen Staatsgebiet von Namibia.



Cornelius Fredericks im Gespräch

Auf der Haifischinsel steht Cornelius Christian Fredericks, Urenkel von Cornelius Fredericks – jenem Nama-Führer, der einst an der Seite von Hendrik Witbooi einen Guerillakrieg gegen die deutschen Kolonialherren anführte. Fredericks' Nachfahre spricht darüber, dass Cornelius Fredericks hier ermordet wurde. Er sei brutal enthauptet, seine Überreste verscharrt worden. Cornelius' Stimme klingt leise, der Besuch dieses Orts fällt ihm sichtlich schwer.

Die ersten deutschen Konzentrationslager

Er berichtet von weiteren deutschen Verbrechen auf der Insel; von vermutlich 4.000 ermordeten Gefangenen; von Vergewaltigungen der Nama-Frauen; vom jahrzehntelangen Schweigen Deutschlands zum Völkermord; und vom Trauma, das seine Gemeinschaft über Generationen hinweg in sich trug und das auch ihn bis heute begleitet. Fredericks bleibt zwischen den furchigen Steinen vor einem Mahnmal stehen, das das Vermächtnis seines Urgroßvaters würdigt. Wenige Meter entfernt erinnert ein älteres Denkmal an die gefallenen deutschen „Schutztruppen“. In der Mitte: ein Gedenkstein für Adolf Lüderitz, den Gründer der deutschen Kolonie in Namibia. Fredericks erhebt die Stimme. „Cornelius' Frau konnte die Folter und Vergewaltigung nicht länger ertragen.“ Aus Verzweiflung habe sie einen Wächter angefleht, den Frauen zugeteilt zu werden, die Schädel schaben mussten. „Sie schabte den Kopf ihres Mannes. Nachdem sie ihn zurückgegeben hatte, stürzte sie sich ins Meer.“

Einige Historiker sehen in den Grausamkeiten, die in den Konzentrationslagern im heutigen Namibia begangen wurden, Vorläufer jener Methoden, die später im Zuge der massenhaften Vernichtung der europäischen Juden in

Europa eingesetzt wurden. Bis in die Ära des Holocausts wurden an Überresten der Leichen ermordeter Nama und Herero pseudowissenschaftliche Experimente durchgeführt, um die angebliche Überlegenheit der weißen „Rasse“ zu beweisen. Schädel aus Namibia befinden sich bis heute in deutschen Sammlungen. 2018 übergaben deutsche Behörden in einer Zeremonie in Berlin 19 Schädel, fünf vollständige Skelette sowie Knochen- und Hautfragmente an die Nachfahren der Opfer in Namibia.

Die Haifischinsel ist nicht nur die Stätte eines einstigen Konzentrationslagers, an der die Erinnerung an die Opfer auf die Glorifizierung der Täter prallt. Die Insel ist heute auch ein Campingplatz für Tourist:innen. Hinzu kommen Pläne, die Energiepotenziale der Umgebung zu nutzen: Ein milliardenstarkes Wasserstoff-Großprojekt namens Hyphen, das von den deutschen Investoren Enertrag SE getragen wird, soll die Sonnen- und Windenergie der Region anzapfen, um „grünen Wasserstoff“ zu produzieren – eine klimaneutrale Energiequelle für die Volkswirtschaften des globalen Nordens. Die Bundesregierung sieht Hyphen als strategisches Auslandsprojekt. Nachkommen der Genozidopfer wie Cornelius Christian Fredericks befürchten, dass die Haifischinsel als Gedenkort dadurch noch stärker beschädigt und das Erbe des Völkermords weiter überschrieben werden könnte. Namibias Hafenbehörde Namport plant derzeit den Ausbau eines Hafens, um die Kapazitäten für den Export zu erhöhen. Dafür soll die Bucht um eine 700 Meter lange Landzunge erweitert werden, die direkt an die Haifischinsel angrenzt. Für viele Nama und Herero sind diese Pläne ein Schlag ins Gesicht.

Auch in Swakopmund, einer Küstenstadt einige Stunden nördlich von Lüderitz, sind die Spuren der Kolonialzeit unübersehbar. Der Künstler und Herero-Nachfahre Laidlaw Peringanda hat hier

das einzige Museum des Landes eingerichtet, das an die Geschichte des Völkermords erinnert. Es besteht aus einem winzigen Raum, gefüllt mit historischen Fotografien, wissenschaftlichen Publikationen zum Genozid, Videomaterial und journalistischen Artikeln zur Geschichte der Region sowie zu Peringandas Arbeit. Im Gespräch erinnert Peringanda an den Vernichtungsbefehl des deutschen Kommandanten Lothar von Trotha von 1904: Damals umzingelten etwa 1.500 deutsche Soldaten unter Trothas Führung die geschwächten Herero-Kämpfer und drängten das Herero-Volk in die wasserlose Omaheke-Wüste ab, wo ein großer Teil von ihnen verdurstete.

Nachdem Peringandas Familie zur Zwangsarbeit gezwungen worden war, erließen die deutschen Besatzer Dekrete, die alles Gemeindeland weißen Siedlern zusprachen. Bis heute kenne er die Familie, die das Land seiner eigenen Familie übernommen habe, erzählt Peringanda. Er habe versucht, die namibischen und deutschen Behörden zu kontaktieren, erfolglos. „Da heißt es dann, es gebe keine Beweise, dass wir das Land besessen haben. Dabei habe ich Beweise.“ Die Nachfahren der deutschen Siedler behaupten indes, das Land legal erworben zu haben. Peringanda: „Sie leben in Villen, während die Nachfahren von Deutschland versklav-

ter Menschen in informellen Siedlungen hausen.“ Namibia zählt zu den ungleichsten Ländern der Welt. Weiße Nachfahren von Europäern, darunter viele Deutsche, besitzen noch immer knapp 70 Prozent des Landes, das heute für Landwirtschaft genutzt wird.

Entschädigung? Ein Tabuwort

Diese Ungleichheit spiegelt sich auch im Straßenbild. Zahlreiche Denkmäler ehren Kolonialsoldaten der „Schutztruppe“. Auf dem Friedhof in Swakopmund sind Gräber deutscher Gefallener mit wilhelminischem Prunk verziert. Wenige Schritte entfernt liegen die Gräber der Opfer des Genozids in flachen Sandhügeln, namenlos, unmarkiert und karg. Viermal im Jahr kommt Peringanda mit einer Gruppe Freiwilliger hierher, um die Sandhügel zu restaurieren. Immer wieder sei er dabei auf Knochenreste gestoßen, erzählt er. „Beim ersten Mal bin ich ohnmächtig geworden.“ Er hofft auf eine Neuausrichtung des Entschädigungsabkommens zwischen der deutschen und namibischen Regierung, die auch eine Umverteilung des Landes an die schwarze Bevölkerung vorsieht. Das bislang durch die namibische Regierung von Weißen zurückgekaufte Land reiche bei Weitem nicht aus. „Wir wollen unser gesamtes angestammtes



Auf dem Weg nach Lüderitz. Dort errichteten die deutschen „Schutztruppen“ 1905 das erste Konzentrationslager.

Land zurück“, sagt er. Eine Verzögerung, warnt er, könne zu Aufständen und Gewalt führen.

Der Ausschluss betroffener Gemeinschaften von den bestehenden Verhandlungen zwischen Deutschland und Namibia verstößt aus Sicht des Europäischen Rats für Menschenrechte gegen internationales Recht. Doch allein die Sprache des Versöhnungsabkommens stößt bei den Nachkommen der Opfer auf Kritik. Sie monieren etwa, dass das Wort „Entschädigung“ darin nicht auftaucht. Reparationsansprüche, wie sie etwa den Nachfahren von Holocaust-Opfern zugestanden wurden, lehnt Deutschland bislang ab.

In einer Stellungnahme des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags dazu vom Januar vergangenen Jahres hieß es: „Ein völkerrechtswidriges Verhalten der Kolonialmacht Deutsches Reich am Maßstab der damals geltenden völker- und völkergewohnheitsrechtlichen Regelungen [...] lässt sich nach einhelliger Auffassung im Ergebnis nur schwer feststellen.“ In Anbetracht der belegten historischen Verbrechen ist das ein bemerkenswerter Satz – aber kein Sonderfall. Ähnlich argumentierte Deutschland auch in einem Gerichtsverfahren 2017, das Aktivisten der Nachfahren der Opfer in den USA angestrengt hatten. Die Anwälte Deutschlands verwiesen damals darauf, dass die Genozid-Konvention erst nach den Verbrechen im heutigen Namibia in Kraft trat und das Massaker daher nicht als Völkermord gewertet werden könne.

Dass die Mittel des Versöhnungsabkommens bislang blockiert sind, verschafft den Herero- und Nama-Gruppen wertvolle Zeit, um mehr Aufmerksamkeit auf ihre Forderungen zu lenken. Sie hoffen, dass die namibischen und deutschen Behörden einen neuartigen Prozess einleiten, der die Interessen der Nachfahren der Opfer in den Mittelpunkt stellt und damit ein Signal für historische Gerechtigkeit setzt. Ein längst überfälliger Schritt.

Kolonial ohne Ende

Im Oktober organisierte medico eine Journalistenreise nach Namibia. Über 2.300 Kilometer legte die Reisegruppe in knapp einer Woche zurück, um Gespräche mit Nachfahren der Überlebenden des Genozids zu führen und neokoloniale Projekte wie die Wasserstoffgewinnung zu verstehen. Die Reportage von Hanno Hauenstein ist auf dieser Reise entstanden, die auch zu mehreren medico-Partnerorganisationen führte. medico fördert mit Spendengeldern die beiden zentralen Vertretungen der ethnischen Gruppen Ovaherero (OTA) und Nama (NTLA), die unermüdlich um Gerechtigkeit ringen. In Versammlungen ihrer Communitys ist es das erste Mal gelungen, kollektiv das traumatische Erbe des Genozids zu besprechen. Dort wurden auch die dokumentarischen 3D-Rekonstruktionen von Genozidorten des medico-Partners Forensic Architecture gezeigt. medico macht sich mit der neuerlichen Kooperationsarbeit in Namibia auch zur Aufgabe, die Stimmen für Aufarbeitung, Gerechtigkeit und Reparation in Deutschland zu verstärken – unter anderem durch die Film- und Veranstaltungsreihe „Erased Memories, Disrupted Futures“ in mehreren deutschen Städten [siehe S. 58].

Spendenstichwort: Namibia dekolonial



Hanno Hauenstein arbeitet als freischaffender Journalist und Autor in Berlin. Seine Texte sind u.a. in The Guardian, The Intercept und der Frankfurter Rundschau erschienen.

Jenseits des Nationalismus

Das Jubiläumssymposium der medico-Stiftung suchte nach „Visionen einer anderen Globalität“



Anne Jung ist Leiterin der Öffentlichkeitsabteilung von medico und seit Herbst 2024 zudem die neue Sprecherin der medico-Stiftung.

Inseln der Vernunft schaffen: Diesem Ziel hat sich die medico-Stiftung bei ihrer Gründung vor 20 Jahren verpflichtet. Seitdem ist ein großes Gemeinschafts-Projekt entstanden, das von mehr als 140 Stifter:innen getragen wird. Die Stiftung unterstützt die Arbeit von medico in aller Welt und sichert ihre Unabhängigkeit ab. Immer wieder schafft sie dabei auch Räume des Nachdenkens und der Debatte, so auch anlässlich ihres 20-jährigen Jubiläums: Im September erkundete das Stiftungssymposium angesichts der, so einer der Redner, „monströsen Normalität der Gegenwart“ Visionen einer anderen Globalität. Wie gut der Austausch mit Gleichgesinnten gerade in Zeiten wie diesen tut, war in jedem Vortrag, jeder Diskussion und jedem Pausengespräch spürbar.

Bei der Veranstaltung im – von der Stiftung finanzierten – medico-Haus stand zunächst „das Meer der kapitalistischen Unvernunft“ im Fokus. Die Kosten der imperialen Lebensweise des globalen Nordens würden weiterhin vor allem dem globalen Süden aufgebürdet, machte Ulrich Brand von der Universität Wien am Beispiel der grünen Energie klar. Windräder, E-Autos und Solaranlagen benötigen Kupfer, Lithium und seltene Erden, deren Förderung massive Umweltschäden verursacht und oft mit Menschenrechtsverletzungen einhergeht. Zur Verteidigung dieses Systems werden Scheinlösungen angeboten – je nach Kontext entweder in Gestalt von grünen Wachstumsversprechen oder einer Renationalisierung. „Katastrophenmanagement“ nannte die Journalistin Katrin Hartmann diese Symptombekämpfung.

Auf und mit dem Symposium wurde auch Thomas Gebauer verabschiedet. In rund 40 Jahren hat er medico international nicht nur als Geschäftsführer des Vereins maßgeblich geprägt, sondern auch die Gründung und Entwicklung der Stiftung mit erdacht und ermöglicht. Auf der von ihm inhaltlich konzipierten Veranstaltung verwies er auf einen zen-



Thomas Gebauer wurde auf und mit dem Symposium offiziell verabschiedet.

tralen Punkt: „Die Lebenswelten der Menschen, so unterschiedlich sie sein mögen, sind mittlerweile so vielfältig miteinander verschränkt, dass Krisenbewältigung nicht im nationalen Rahmen gelingen kann.“ Die Vorstellung, sich auf abgeschottete kleine Wohlstandinseln zurückziehen zu können, führe geradewegs in den Abgrund. Dass die Menschen unterschiedlich nah am Abgrund stehen, machte die Philosophin Eva von Redecker deutlich: Kriege wie die in Gaza oder im Sudan stellten unbewohnbare Todeszonen her. Planetarisch betrachtet betrifft dies die Länder, in denen die Menschen bedingt durch die Klimakrise langfristig keine Überlebensmöglichkeiten haben.

Wo können in all dem überhaupt noch Visionen für eine andere Gesellschaftsordnung entstehen? Für eine grundsätzliche Neubetrachtung des Migrationsdiskurses sprach sich Manuela Bojadžijev von der Humboldt-Universität Berlin aus. Ihr zufolge müsse Migration als neue Möglichkeit, ein anderes Leben denkbar zu machen, betrachtet und entsprechend verteidigt werden: „Migration, das ist keine Minderheit, das ist Gesellschaft, das sind wir alle.“ Auch feministische Kämpfe geben Anlass zur Hoffnung und sind zudem vor rechten Vereinnahmungen besser gefeit als andere, betonte Uta Ruppert von der Universität Frankfurt. Das emanzipatorische Potenzial speist sich daraus, dass Feministinnen sich oft aus dem Alltag heraus und als Teil zum Beispiel von Klimakämpfen organisieren.

Eine internationalistische Strategie empfahl Jan van Aken, mittlerweile neuer Bundesvorsitzender der Linkspartei, den linken Bewegungen. Am Beispiel der Ausbeutungsstrukturen im globalen Kakaohandel forderte er: „Wir müssen unsere Konflikte mit den Milkas der Welt eskalieren.“ Augenzwinkernd verwies er auf den marxistischen Gehalt des Alten Testaments, in dem dieser Zusammenhang bereits genannt werde. So heißt es bei Jesaja 32,17: „Und der Gerechtigkeit Frucht wird Friede sein, und der Ertrag der Gerechtigkeit wird Ruhe und Sicherheit sein auf ewig.“ Die verbindenden Kämpfe für Befreiung kommen immer von unten, resümierte Thomas Gebauer die Debatten. Das brauche Räume, Denkräume und physische Räume. Die Stiftung medico wird auch in Zukunft dazu beitragen, Inseln der Vernunft an vielen Orten der Welt zu erhalten und neue mitzugestalten.

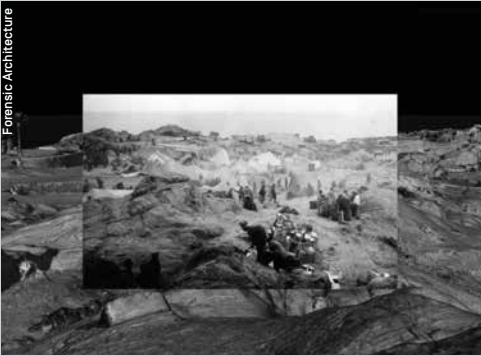
Anne Jung

Weitere Informationen sowie die Dokumentation des Symposiums finden sich unter: stiftung-medico.de

medico aktiv

Konfrontieren

Film- und Diskussionsreihe über
deutsche Kolonialverbrechen



3D-Rekonstruktion des Genozids auf Shark Island

Es geht um Verbrechen, ihre Verdrängung und den Kampf um Aufarbeitung: Im Rahmen der Film- und Veranstaltungsreihe „Erased Memories, Disrupted Futures“ präsentiert medico gemeinsam mit Partner:innen in mehreren deutschen Städten ab Mitte November die Filme „German Colonial Genocide in Namibia: Shark Island und Swakopmund“, eine beeindruckende Rekonstruktion des Völkermords in Namibia von Forensis/Forensic Architecture, bei der die medico-Partner:innen der Nama Traditional Leaders Association (NTLA) und der Ovaherero Genocide Foundation (OGF) mitgewirkt haben. Im Anschluss der Filmvorführungen finden gemeinsame Gespräche über die anhaltende Bedeutung deutscher Kolonialverbrechen sowie die Kämpfe gegen die ausbleibende Gerechtigkeit statt. Geplant sind Filmvorführungen samt Diskussion in Berlin, Leipzig, Kassel, Stuttgart, Nürnberg, Frankfurt und weiteren Städten.

Termine und Infos: medico.de/namibia

Auf der Straße

Kundgebung für einen gerechten Frieden

Im gesamten Gazastreifen gibt es keinen sicheren Ort mehr. Über 42.000 Menschen wurden bislang getötet, das Leben Hunderttausender ist durch die Blockade von humanitärer Hilfe, medizinischer Versorgung, Nahrungsmitteln und sauberem Trinkwasser bedroht. Etwa 100 Geiseln befinden sich noch immer in Gaza. Mit knapp 50 weiteren Organisationen hat medico unter dem Motto „Für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel“ zu einer Kundgebung am 18. Oktober 2024 in Berlin aufgerufen. Der Aufruf forderte, die Kriegslogik zu durchbrechen, die jahrzehntelange Straflosigkeit zu beenden, die Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Deutschland angesichts der steigenden Unterdrückung von friedlichem Protest zu schützen und Waffenexporte zu stoppen. Denn: „Eine Staatsräson, die bei den Menschenrechten und dem Völkerrecht doppelte Standards anlegt, nützt niemandem. Menschenrechte und Völkerrecht sind universell.“ Etwa 3.000 Menschen kamen auf dem Washingtonplatz zusammen. medico-Nahostreferent Riad Othman machte in seiner Rede deutlich: Über die humanitäre Lage in Gaza lässt sich nur dann vernünftig sprechen, wenn auch die politisch Verantwortlichen benannt werden.

Zum Aufruf: gerechter-frieden.org



Auftakt in Frankfurt

Der Fonds für Bewegungsfreiheit ist eröffnet

Mitten in die rassistisch aufgeladene Debatte um Zurückweisungen an den deutschen Grenzen setzte die Auftaktveranstaltung des Fonds für Bewegungsfreiheit im September ein Zeichen der Solidarität – und ein klares Bekenntnis zur Migrationsgesellschaft. „Migration wird es immer geben. Jede, die geliebt ist, hat sich mal bewegt. Jede, die sich bewegt, ist mal geblieben“, erklärte die Publizistin Şeyda Kurt im medico-Haus in Frankfurt. „Es gibt keine Möglichkeit, die Bewegung von Geflüchteten oder die Solidarität mit ihnen zu verhindern.“ Im Anschluss berichteten Mahtab Sabetara und Cheikh Sene von Erfahrungen entlang der Fluchtrouten. Sabetaras Vater wurde in Griechenland verhaftet und der Fluchthilfe beschuldigt. Sene erlitt ein ähnliches Schicksal auf Lampedusa. Beide konnten mit viel Beistand von außen wieder freikommen. medico-Partnerorganisationen unterstützen zahlreiche zu Unrecht Verurteilte mit Rechtsbeistand und Öffentlichkeitsarbeit – auch sie kamen am dem Abend zu Wort. Der von medico aufgelegte Fonds für Bewegungsfreiheit ist Möglichkeit und Appell zugleich, diese Arbeit gegen die Kriminalisierung von Flucht und Fluchthilfe solidarisch mitzufinanzieren.

medico.de/bewegungsfreiheit

Spenden & Stiftungen

In krisenhaften Zeiten braucht es Ihr Hinschauen, Ihr Verstehen und Ihre Zuwendung: **medico** und die Partnerorganisationen weltweit sind nicht ohne kritische Wegbegleiter:innen zu denken. Mit einer Spende, Fördermitgliedschaft oder Zustiftung können Sie unsere Arbeit solidarisch unterstützen. Vielen Dank!

Spende an „medico international“ – da, wo es am nötigsten ist, oder mit einem themenbezogenen Spendenstichwort.

Spendenaktionen selber planen und im Freundeskreis sammeln oder **Spenden verschenken!**

Spendenquittungen stellen wir ab 50 Euro automatisch aus.

Ausführliche Informationen finden Sie unter: **medico.de/spenden**

FÖRDERMITGLIEDSCHAFT: Ihre Fördermitgliedschaft ermöglicht es uns, mit unseren Partnerorganisationen weltweit langfristig und nachhaltig zusammenzuarbeiten. Sie können eine Fördermitgliedschaft auch verschenken.

medico.de/foemi

STIFTER:IN WERDEN: Mit einer Zustiftung oder einem Darlehen an die **medico-Stiftung** ist Ihr Geld solidarisch im Einsatz und sichert die Unabhängigkeit von **medico**. Die Stiftung fördert aus ihren Erträgen jährlich viele Partnerorganisationen des **medico-Vereins**.

stiftung-medico.de

TESTAMENTSSPENDE: Sie können sowohl den Verein als auch die Stiftung **medico international** testamentarisch oder durch eine Zuwendung aus ererbten Vermögen bedenken. Beide **medico-Organisationen** sind gemeinnützig anerkannt und dadurch von der Erbschafts- und der Schenkungssteuer befreit.



SPENDENKONTO MEDICO INTERNATIONAL DE69 4306 0967 1018 8350 02

MIT MEDICO IN KONTAKT

Umzug, Bankänderung oder eine neue E-Mail-Adresse? Online eintragen und mit medico in Kontakt bleiben:

medico.de/spendenservice

FRAGEN & ANREGUNGEN:

Vivien Kaplan & Mirjam Kuchinke

Zentrale und Kommunikation

Tel.: [069] 944 38-0, info@medico.de

SPENDEN & KOMMUNIKATION:



Gudrun Kortas

Beratung zu Zustiftungen und Testamentsspenden

Tel.: [069] 944 38-28

kortas@medico.de



Janne Reuver

Spender:innenkommunikation

Tel.: [069] 944 38-64

reuver@medico.de



Johannes Richter

Spender:innenkommunikation

Tel.: [069] 944 38-71

richter@medico.de



Dr. Anke Böttcher

Spendenverwaltung und Geldauflagen

Tel.: [069] 944 38-42

spendenverwaltung@medico.de

BESTELLEN & VERBREITEN

rundschreiben



Jahresbericht



Infolyer

und vieles mehr...

Bestellen Sie kostenlos das medico-rundschreiben sowie aktuelle Broschüren, Plakate und Flyer – gerne auch in größerer Stückzahl zum Auslegen und Verteilen.

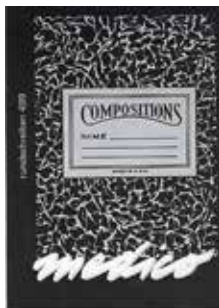
Auf unserer Webseite finden Sie alles zum Bestellen oder Herunterladen:

medico.de/material



WIE DAS BLUT AN DIE DIAMANTEN KAM

Blick zurück: das rundschreiben 4/1999



Ausgerechnet das letzte rundschreiben des alten Jahrtausends kündete von einem Anfang. Im Zentrum des Heftes stand die kurz zuvor gestartete Kampagne „Fatal Transactions“, der es binnen kürzester Zeit gelungen war, eine ganze Industrie in Panik zu versetzen. Doch der Reihe nach. In Zusammenarbeit mit der britischen Recherche-Organisation Global Witness und anderen NGOs hatte medico im Herbst 1999 die Verflechtung des internationalen Diamantenhandels mit den Bürgerkriegen in Sierra Leone, in der Demokratischen Republik Kongo und in Angola öffentlich gemacht. Die Botschaft: Massaker und Gräuel werden wesentlich durch den Verkauf von Diamanten finanziert, die hierzulande „reingewaschen“ als Symbole ewiger Liebe verkauft werden. Nur wenige Stunden, nachdem die Faxe versandt waren (so wurden damals Kampagnen lanciert), drohte der weltgrößte Diamantenkonzern de Beers medico telefonisch mit einer Anzeige – um bald darauf in einer 180-Grad-Wende anzukündigen, sich aus dem Geschäft in Angola zurückzuziehen. Von all dem erzählt das rundschreiben 4/1999 ausführlich.

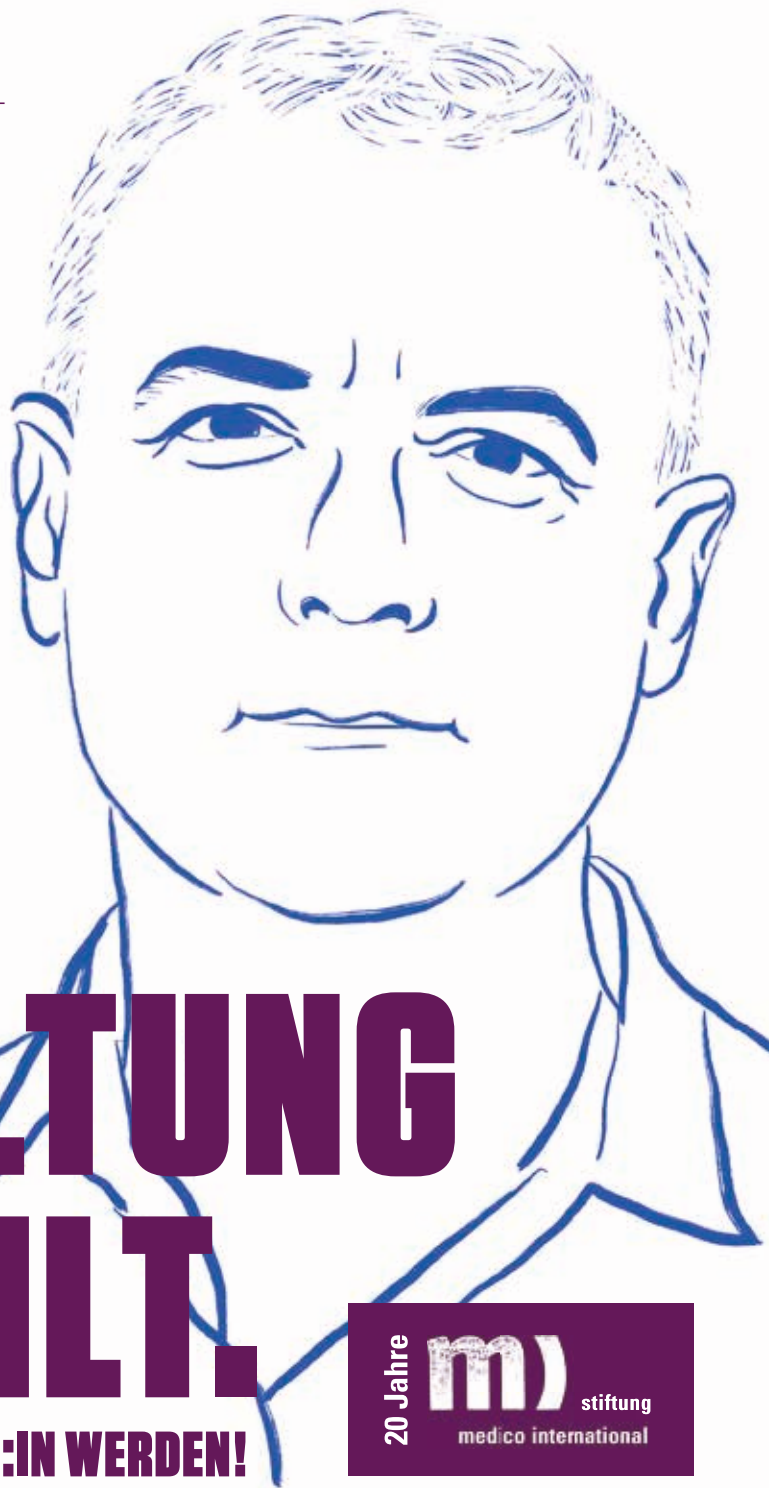
In der Öffentlichkeit stieß das Thema auf enorme Resonanz, die Medien berichteten fortan auf besten Sendeplätzen über Kriegsdiamanten. Nicht zuletzt aufgrund der guten Kontakte zu Partner:innen in Angola und Sierra Leone war medico gefragter Ansprechpartner, mit medicos Unterstützung entstand gar die Tatort-Folge „Blutdiamanten“ in der ARD. Unterdessen erzeugte Fatal Transactions mit europaweiten Aktionen weiter Druck auf die Diamantenindustrie. Der Imageverlust war fatal, Börsenwerte brachen ein. Also wurde „ein Prozess“ gestartet – mit der Politik an der Seite. 2003 einigte man sich auf das sogenannte Kimberley-Abkommen, das ein komplexes System staatlicher Herkunftszertifikate in Kraft setzte. medico und die Kampagnenpartner:innen machten frühzeitig darauf aufmerksam, dass ein Abkommen ohne bindenden Charakter den Handel mit Blutdiamanten nicht beenden würde. Sie haben recht behalten. Immerhin aber soll der Rückgang des Handels mit Blutdiamanten maßgeblich zum Ende des Krieges in Angola beigetragen haben. Und für medico war Fatal Transactions erst der Anfang einer langfristigen Arbeit zu Konfliktrohstoffen.



Das rundschreiben erscheint seit 1982. Die vergangenen 25 Jahre lassen sich digital nachlesen: medico.de/rundschreiben-archiv

„Weil Menschen-
rechte die
Gesundheit
einer freien
Gesellschaft
sind.“

Ilija Trojanow,
Schriftsteller und
Mitglied im
Kuratorium der
medico-Stiftung



HALTUNG ZÄHLT.

JETZT STIFTER:IN WERDEN!

20 Jahre



stiftung

medico international

„Universalismus bedeutet,
dass die Schwächsten zur
Unterbrechung berechtigt
sind.“

Pirmin Spiegel

IN VERBINDUNG BLEIBEN!

Das medico-rundschreiben erscheint viermal im Jahr und kann kostenlos abonniert werden. Im Blog mischen wir uns in Debatten ein. Unser Newsletter hält Sie auf dem Laufenden, über unseren Telegram-Kanal bekommen Sie Neuigkeiten direkt aufs Handy. „Global Trouble“ heißt unser Podcast und in den sozialen Medien finden Sie uns auf der Plattform Ihrer Wahl.

medico.de/verbinden

